

RheinlandPfalz



Statistisches Landesamt

Statistische Monatshefte

1990

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

September

Oktober

November

Dezember

Inhalt

Einwanderungen in die Bundesrepublik Deutschland sowie deren wirtschaftliche und demographische Bedeutung	51	Die Untersuchung beschäftigt sich mit möglichen wirtschaftlichen Folgen der durch die Einwanderungen bedingten Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland.
--	----	---

System der Statistiken in der Energie- und Wasserversorgung sowie im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe	58	Mit der Reform der Industriestatistik von 1975 wurde ein System aufeinander abgestimmter kurz- und längerfristiger Erhebungen im produzierenden Gewerbe geschaffen, das hier für die Energie- und Wasserversorgung sowie den Bergbau und das verarbeitende Gewerbe dargestellt wird.
--	----	--

Fertighäuser 1988	63	Der Beitrag informiert über die in Rheinland-Pfalz genehmigten Fertigteilwohnbauten des Jahres 1988 und zeigt die Entwicklung der Fertigbaubranche seit 1980 auf.
--------------------------	----	---

Wandel im Verbraucherverhalten und Entwicklung ausgewählter Verbraucherpreise 1950 bis 1989	67	Obwohl der Anteil der Nahrungs- und Genußmittel an den gesamten Ausgaben der privaten Haushalte seit 1950 auf weniger als die Hälfte zurückging, stellen sie immer noch den größten Ausgabenposten dar.
--	----	---

Entwicklung der Hektarerträge im Weinbau	71	Es wird ein umfassender Überblick über die Entwicklung der Hektarerträge im Weinbau gegeben. Insbesondere wird auf die Unterschiede zwischen den Anbaugebieten und Rebsorten eingegangen.
---	----	---

Anhang	17*	Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
	23*	Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Demographische und wirtschaftliche Folgen von Einwanderungen

Der im Zuge der Öffnung der Grenzen eingetretene Aus- und Übersiedlerzustrom ist gegenwärtig das Thema Nummer eins der Diskussion. Im Vordergrund stehen dabei die Fragen nach den demographischen und wirtschaftlichen Folgen dieses Phänomens. Im Gegensatz zu der weitverbreiteten Sorge um den Arbeitsplatz, den Wohnraum und das soziale Sicherungssystem sind positive Effekte dieser Einwanderungswelle durchaus denkbar. Kurzfristige Anpassungsprobleme auf dem Arbeitsmarkt und im Rahmen des sozialen Netzes können langfristig durch die Verbesserung der Altersstruktur und die nachhaltige Belegung der Konsumnachfrage überkompensiert werden. Auch die vorübergehende Belastung der öffentlichen Haushalte kann durch die zu erwartenden Steuermehreinnahmen und die höheren Beiträge zu den Sozialkassen ausgeglichen werden. sc

Mehr über dieses Thema auf Seite 51

System der Statistiken in der Energie- und Wasserversorgung sowie im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe

Mit dem Gesetz über die Statistik im produzierenden Gewerbe vom 6. November 1975 haben die Bemühungen um eine Reform der Industriestatistik ihren Abschluß gefunden. Damit wurde ein System aufeinander abgestimmter kurz- und längerfristiger Erhebungen in den Bereichen Energie- und Wasserversorgung, Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe geschaffen, das noch heute Gültigkeit hat. Ein Ziel der Neuordnung war es, die Statistiken für die einzelnen Teilbereiche des produzierenden Gewerbes zu einem konsistenten Erhebungs- und Aufbereitungssystem zusammenzufassen. Durch eine Verzahnung der Einzelstatistiken wurde für die Zukunft vermieden, daß auskunftspflichtige Unternehmen in unterschiedlichen Statistiken das gleiche Merkmal melden müssen. mc

Mehr über dieses Thema auf Seite 58

Spitzenverdienste in Ballungszentren

Im Jahre 1986 wurden nach den Ergebnissen der Arbeitsstättenzählung 43,5 Mrd. DM Löhne und Gehälter an die rund 1,3 Mill. Arbeitnehmer in Rheinland-Pfalz gezahlt. Hieraus errechnet sich eine durchschnittliche Bruttolohn- und -gehaltssumme je Arbeitnehmer von 33 600 DM. In den Ballungszentren wird dieser Wert mit 36 500 DM um 8,5 % überschritten, in Gebieten mit einer Beschäftigtendichte von 300 bis 500 Beschäftigten je 1 000 Einwohner liegt das Durchschnittseinkommen mit 31 200 DM um 7,3 % unter dem Landesmittel.

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz 3/90

Ihre bereits 1969 erreichte Spitzenstellung konnten die Städte Ludwigshafen mit einem Verdienst von 47 100 DM je Arbeitnehmer, Mainz (40 000 DM) und Frankenthal (38 500 DM) bestätigen. Während Ludwigshafen und Frankenthal ihren Rang als herausragende Industriestandorte einnehmen – jeder zweite Arbeitnehmer ist im verarbeitenden Gewerbe beschäftigt –, profitiert Mainz als Landeshaupt- und Universitätsstadt sowohl vom öffentlichen Dienst als auch von den übrigen Wirtschaftssektoren.

Die niedrigsten Durchschnittsverdienste errechnen sich bedingt durch die Wirtschaftsstruktur für die Landkreise Kusel (27 000 DM) und Pirmasens (27 500 DM). In allen Wirtschaftsbereichen mit Ausnahme der öffentlichen Dienstleistungen liegt dort das Einkommen je Arbeitnehmer unter dem Landesdurchschnitt. wz

Bohnenkaffee, Hähnchen und Schokolade billiger als 1950

Anfang der fünfziger Jahre entfielen bei einem Durchschnittshaushalt mehr als die Hälfte der privaten Verbrauchsausgaben auf Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren. Dieser Anteil verminderte sich bei einem Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalt mit mittlerem Einkommen bis 1988 auf 23 %. Doch immer noch stellen die Ausgaben für Nahrungs- und Genußmittel für den Verbraucher den größten Ausgabeposten dar.

Die rheinland-pfälzischen Verbraucherpreise weisen für einzelne Lebensmittel eine unterschiedliche Entwicklung auf. Während die Preise für Brote und Brötchen von 1950 bis 1989 bis auf das Siebenfache anstiegen, lagen die Erhöhungen für Fleisch und Fleischwaren deutlich darunter. So stieg etwa der Preis für 1 kg Roggenbrot von damals 45 Pfennig auf 3,20 DM im Jahre 1989. Im gleichen Zeitraum verteuerte sich 1 kg Schweinekotelett von 4,50 DM auf 11,75 DM und das Kilo Rindfleisch zum Kochen von 3,40 DM auf 12,00 DM. Billiger als vor vier Jahrzehnten waren dagegen Bohnenkaffee (– 42 %), Hähnchen (– 12 %) und Schokolade (– 9 %).

Wegen des höheren Lohnniveaus kann sich heute ein Vollgeselle im Handwerk für einen Bruttostundenlohn erheblich mehr kaufen als 1960. Während 1960 ein Bruttostundenverdienst einem Wert von ca. 11 Eiern entsprach, lag 1988 der Gegenwert immerhin schon bei 66 Eiern. Den knapp zwei Tafeln Schokolade von damals, stehen heute 14 Tafeln gegenüber. Im Jahre 1988 konnten mit dem Bruttolohn einer Arbeitsstunde achtmal mehr Hähnchen erworben werden als im Jahre 1960. br

Mehr über dieses Thema auf Seite 67

Heizöl deutlich billiger
Verbraucherpreise im Februar

Das rheinland-pfälzische Verbraucherpreisniveau ist im Februar erneut leicht angestiegen. Vor allem Fleisch und Fleischwaren sowie diverse Gemüse- und Obstarten wurden deutlich teurer angeboten als im Januar. Auch gegenüber Februar 1989 konnten für diese Produkte teilweise erhebliche Preisanhebungen beobachtet werden.

Mit 42,21 DM kosteten 100 l Heizöl rund ein Sechstel weniger als im Januar. Dennoch lag der Preis noch um 7,5 % höher als vor Jahresfrist. Auch Benzin und insbesondere Dieselmotorkraftstoff waren etwas preiswerter als im Vormonat, jedoch noch um bis zu 5 % teurer als vor einem Jahr. br

Preisindex für die Lebenshaltung im Bundesgebiet im Februar 1990		
Indexbezeichnung	1985 = 100	Veränderung zu Februar 1989 in %
Alle privaten Haushalte		
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren (einschl. Verzehr in Gaststätten)	105,3	3,3
Bekleidung, Schuhe	106,7	1,2
Wohnungsmieten	111,0	3,1
Energie (ohne Kraftstoffe)	83,5	3,6
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	106,3	2,1
Güter für:		
Gesundheits- und Körperpflege	109,7	1,7
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	104,7	2,3
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	106,5	2,6
Persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art	115,5	2,7
Gesamtlebenshaltung	106,2	2,7
4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen		
Gesamtlebenshaltung	105,8	2,6
4-Personen-Haushalte von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen		
Gesamtlebenshaltung	106,9	2,7
2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern		
Gesamtlebenshaltung	106,3	3,0

Stundenlohn im Handwerk erhöhte sich
auf 16,73 DM

Arbeiter des rheinland-pfälzischen Handwerks verdienten im November 1989 im Durchschnitt 16,73 DM brutto in der Stunde. Das waren 3,8 % mehr als im entsprechenden Monat des Vorjahres. Vollgesellen erreichten einen Stundenlohn von 17,62 DM (+ 3,6 %), Junggesellen von 13,45 DM (+ 5,3 %) und die übrigen Arbeiter von 15,08 DM (+ 2,9 %). Der Bruttostundenverdienst schwankte bei den Vollgesellen zwischen 18,26 DM im Zentralheizungs- und Lüftungsbau und 16,92 DM im Bäckereigewerbe.

Der durchschnittliche Bruttowochenverdienst erhöhte sich in der Zeit von November 1988 bis November 1989 bei den Vollgesellen um 3,4 % auf 723 DM. Bei den Junggesellen stieg er auf 549 DM (+ 5,2 %) und bei den übrigen Arbeitern auf 627 DM (+ 2,6 %). Die Zahl der geleisteten Überstunden belief sich im November 1989 auf 1,3 pro Woche. ze

Fertighäuser 1988

Die rheinland-pfälzischen Bauaufsichtsbehörden genehmigten im Jahre 1988 den Bau von 1 297 Fertigteilwohnbauten mit 1 458 Wohnungen. Das Vorjahresergebnis von 1 089 Gebäuden mit 1 272 Wohnungen wurde damit um 19 bzw. 15 % übertroffen.

Die veranschlagten reinen Baukosten lagen bei rund 341 Millionen DM. Von den Bauherren wurden mehr als eine Million Kubikmeter Rauminhalt und eine Wohnfläche von fast 168 000 Quadratmetern eingeplant.

Regionaler Schwerpunkt bei der Errichtung von Wohnhäusern in vorgefertigter Bauweise war der Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz. Hier sollten rund 63 % aller im Jahre 1988 genehmigten Fertighäuser zur Bauausführung kommen. Auf die Bezirke Koblenz und Trier entfielen Anteile von knapp 30 bzw. 7 %. hes

Mehr über dieses Thema auf Seite 63

Mosel / Saar bei den Urlaubern am beliebtesten

Die beliebteste rheinland-pfälzische Urlaubsregion des Jahres 1989 war das Fremdenverkehrsgebiet Mosel/Saar mit einem Zuwachs an Übernachtungen von 10 % auf 4,7 Mill.. Es folgen Eifel/Ahr (4,4 Mill./+ 2,4 %), Pfalz (3,8 Mill./+ 4,6 %), Hunsrück/Nahe/Glan (2,4 Mill./+ 1,3 %), Rheintal (2,2 Mill./+ 5,9 %) und Rheinhessen (1 Million/+ 7,6 %). Das Gebiet Westerwald/Lahn/Taunus verzeichnete als einziges bei 2,1 Mill. Übernachtungen einen leichten Rückgang (- 0,6 %). el

Der folgende Beitrag umfaßt den aufgrund der Daten, Feststellungen und Folgerungen besonders interessanten Teil eines Vortrages im Rahmen des Studium generale der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Dem Autor, Herrn Landtagspräsident Dr. Heinz Peter Volkert, gebührt Dank für die Überlassung seines Referates, das am 30. Oktober 1989 unter dem Titel „Ist die Bundesrepublik Deutschland ein Einwanderungsland?“ gehalten wurde. Die Zahlen über die Einwanderer wurden auf den 31. Dezember 1989 aktualisiert.

Dr. Karl Heinz Weis

Einwanderungen in die Bundesrepublik Deutschland sowie deren wirtschaftliche und demographische Bedeutung

Die sprunghaft gestiegenen Ein- bzw. Zuwanderungen in die Bundesrepublik sind gegenwärtig das Thema Nummer eins der öffentlichen Diskussion. Im Jahr 1989 hat die Bundesrepublik über 842 000 Menschen aufgenommen, darunter rund 121 300 Asylbewerber, mehr als 377 000 Aussiedler und über 343 800 Übersiedler aus der DDR. Die anfängliche Genugtuung über die starken Zuwanderungen Deutscher bzw. Deutschstämmiger aus den Ländern des östlichen Europa ist längst der Sorge um den Arbeitsplatz, den Wohnraum oder das soziale Sicherungssystem gewichen.

Angesichts der vorherrschenden Überbetonung der Eingliederungskosten und der kurzfristigen Probleme am Arbeits- und Wohnungsmarkt ist eine Analyse der ökonomischen und demographischen Voraussetzungen und langfristigen Wirkungen der Ein- bzw. Zuwanderungen in die Bundesrepublik dringend erforderlich. Ausgehend von einer kurzen Geschichte der „Einwanderung“ in die Bundesrepublik wird sich der Bericht mit der Bevölkerungsentwicklung und deren wirtschaftliche Folgen beschäftigen.

Der These von der sozialen Belastung durch Ein- und Zuwanderer wird entgegengetreten, die positiven Wirkungen auf Bevölkerungsstruktur, Arbeitsmarkt, öffentliche Finanzen und Wirtschaftswachstum werden herausgestellt.

Für die Aufarbeitung des statistischen Materials danke ich Frau Doris M. Peckhaus.

Einwanderungen in die Bundesrepublik seit 1945

Im folgenden wird der Begriff „Einwanderung“ als Oberbegriff benutzt. Der offizielle Sprachgebrauch

unterscheidet zwischen dem Zuzug aus der DDR, der Zuwanderung von Deutschstämmigen aus dem östlichen Europa und der Einwanderung von Ausländern. Besser wäre es, neutral von „Migration“ zu sprechen.

Einwanderung oder Immigration wird in der Regel definiert als Zuzug in ein anderes Staatsgebiet mit dem Ziel der ständigen Niederlassung; gewöhnlich mit der Absicht der Einbürgerung.

Wegen der attraktiveren Lebens- und Arbeitsbedingungen üben die Industrieländer heute eine große Anziehungskraft auf Einwanderer bzw. zuwandernde Arbeitskräfte aus den weniger entwickelten Ländern aus. Die zugewanderten Arbeitskräfte ziehen die rechtlich meist schwierige Einbürgerung zunächst jedoch nicht in Betracht, sondern wollen zu irgendeinem späteren Zeitpunkt in ihre Heimat zurückkehren. Über die Hälfte der ausländischen Mitbürger lebt schon 10 Jahre oder mehr in der Bundesrepublik. Größere ausländische Bevölkerungsteile sind in den entwickelten Industrieländern heute die Regel.

Neben den wirtschaftlichen Niveauunterschieden sind die starken Diskrepanzen in der Bevölkerungsentwicklung der Industrie- und der Entwicklungsländer von großer Bedeutung für die starken Wanderungsbewegungen.

Das rapide Anwachsen der Bevölkerung in den Entwicklungsländern wurde durch die Einführung moderner Medizin und verbesserter hygienischer Maßnahmen ausgelöst, die zu einer Senkung der Sterblichkeit und zu einer Erhöhung der Lebenserwartung führten, ein Phänomen, das uns in den Industriestaaten im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts begegnete. In den Entwicklungsländern hat allerdings eine vergleichbare wirtschaftliche Entwicklung bis heute nicht stattgefunden.

Dem Bevölkerungsdruck in den Entwicklungsländern stehen die schrumpfenden Bevölkerungen in den Industriestaaten gegenüber. Dabei wird die im Geburtenverhalten angelegte Schrumpfungstendenz wegen der für demographische Entwicklungen typischen Phasenverschiebung erst nach der Jahrhundertwende in ihrem ganzen Ausmaß erkennbar werden.

Die Wanderungsprozesse in Europa und im Mittelmeerraum sind in entscheidender Weise durch wirtschaftliche Niveauunterschiede bedingt. Bis zur Ölkrise 1973 ging der Hauptteil der Migration aus dem Mittelmeerraum in die hoch entwickelten Industrieländer Europas. Aus den entwickelten Industrieländern wanderten Arbeitskräfte in die Schweiz und nach Schweden, das heißt in die beiden Länder mit dem höchsten Wohlstandsniveau. Neuerdings nehmen Spanien, Italien, selbst Griechenland ihrerseits Arbeitskräfte aus den südlicher gelegenen Ländern, insbesondere Afrika, auf. Faktisch ist heute der ganze EG- und EFTA-Raum Einwanderungsgebiet.

Das Gesamtbild der Wanderungsprozesse in Europa ist darüber hinaus gekennzeichnet durch Einwanderungen aus den Ländern des östlichen Europa, die durch politische, wirtschaftliche oder auch ethnische Gegebenheiten (Deutsche, Juden) bedingt sind.

Nicht zu vergessen die Einwanderungen aus ehemaligen Kolonien in ehemalige „Mutterländer“, insbesondere England und Frankreich. Auch die Fluchtbewegungen aus politischen Gründen, die vielfach aus Umstürzen oder Bürgerkriegen resultieren, zielen in die Industrieländer.

Die Bundesrepublik Deutschland kennt seit ihren frühesten Anfängen eine starke Zu- und Einwanderung. Ihre Bevölkerung ist nicht erst durch die Einwanderung ausländischer Arbeitnehmer angewachsen. Von 1946 bis 1949 kamen etwa 1,3 Millionen Deutsche aus der sowjetisch besetzten Zone und von 1946 bis 1950 knapp acht Millionen aus den verlorenen Ostgebieten, aber auch aus dem übrigen östlichen und südöstlichen Europa.

Bis zum Bau der Mauer 1961 zogen 3,58 Millionen aus der DDR in die Bundesrepublik; bei einem Wegzug von 0,5 Millionen dorthin ein Saldo von über drei Millionen. Insgesamt waren bis zum Jahr 1961 ca. 13 Millionen Heimatvertriebene und DDR-Flüchtlinge in die Bundesrepublik gekommen.

Im Jahr 1950 betrug die Arbeitslosenquote 11 %, zehn Jahre später nur noch 2,6 %. Die meisten Vertriebenen und Flüchtlinge konnten in relativ kurzer Zeit integriert werden. Anfang der 60er Jahre war bereits Überbeschäftigung erreicht. Rund zwei Millionen Arbeitskräfte wurden in den 60er Jahren im Ausland angeworben.

Die starke Bevölkerungsvermehrung in den 50er Jahren erzeugte einen gewaltigen Erweiterungsbedarf. Das deutsche Wirtschaftswunder folgte nicht trotz, sondern wegen der vielen Flüchtlinge. Auch das gleichzeitige finnische Wirtschaftswunder folgte einer ähnlichen Bevölkerungsvermehrung von über 15 % durch die Karelienflüchtlinge.

Im Jahr 1955, beim ersten Anwerbevertrag mit Italien, gab es noch 1,07 Millionen Arbeitslose, eine durchschnittliche Arbeitslosenquote von 5,6 % und 204 000 offene Stellen. Wir beobachten zum erstenmal das Phänomen, daß Deutsche nicht mehr jeden Arbeitsplatz akzeptierten. Die Anwerbebehalten blieben zunächst gering. Ende 1955 waren es gerade rund 80 000, was einer Ausländerquote von 0,4 % entsprach.

Zwar verdoppelte sich die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer bis 1959 auf ca. 166 000, doch die eigentliche Periode der Gastarbeiteranwerbung begann erst in den 60er Jahren, als Voll-, ja Überbeschäftigung erreicht war und der Bau der Mauer 1961 den Zustrom von Arbeitskräften aus der DDR so gut wie vollständig versiegen ließ. Bis 1961 waren jährlich 150 000 bis 300 000 Arbeitnehmer in den leistungsfähigsten Jahrgängen aus der DDR in die Bundesrepublik gekommen.

Dieser Ausfall an Zuwanderung ging einher mit demographischen Prozessen sowie arbeitsrechtlichen und kulturpolitischen Veränderungen, die gleichfalls zu einer beträchtlichen Verringerung der Anzahl der Erwerbsfähigen und Erwerbstätigen in der Bundesrepublik führten. Der Rückgang der erwerbsfähigen und erwerbstätigen Bevölkerung war bedingt durch

- den Eintritt der geburtenschwächeren Kriegsjahrgänge in das Erwerbsleben,
- das Ausscheiden der starken Jahrgänge von 1900 bis 1910 aus dem Erwerbsleben,
- die Verlängerung der schulischen Ausbildung,
- Arbeitszeitverkürzungen sowie
- den Rückgang der Frauenerwerbstätigkeit infolge des Babybooms.

Der Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung sank von 1960 bis 1970 von 67,5 % auf 63,6 %, die Quote der Erwerbstätigen von 47,2 % im Jahre 1961 auf 43 % im Jahre 1971, die Quote der erwerbstätigen Frauen im gleichen Zeitraum von 33,4 % auf 29,8 %. Bei fortschreitendem Wirtschaftswachstum ging die Zahl der deutschen Erwerbstätigen von 1960 bis 1972 um insgesamt 2,3 Millionen zurück.

Dieser Rückgang wurde ausgeglichen durch die Anwerbung und Zuwanderung von über zwei Millionen Gastarbeitern. Dementsprechend verharnte die Gesamtzahl der Erwerbstätigen im Bundesgebiet von 1961 bis 1970 – bis auf den kurzen Einbruch der Krise 1966/67 – auf gleichem Niveau (1961: 26,5 Millionen; 1970: 26,49 Millionen).

Nach dem ersten Anwerbevertrag mit Italien erfolgten weitere mit Spanien und Griechenland (1960), der Türkei (1961), Marokko (1963), Portugal (1964), Tunesien (1965), Jugoslawien (1968) und Korea (1970). Die Zahl der in der Bundesrepublik beschäftigten ausländischen Arbeitnehmer stieg von 1955 bis 1973 von ca. 80 000 auf ca. 2,6 Millionen.

Erstmals unterbrochen wurde das Anwachsen der Anzahl ausländischer Beschäftigter durch den Anwerbestopp in der Konjunkturkrise 1966/67. Von Juni 1966 bis Januar 1968 ging die Zahl der ausländischen Arbeit-

nehmer von 1 314 031 auf 903 591 zurück. Aber schon im Juni 1969 war der Stand von 1966 um ca. 60 000 überschritten.

Die Ölkrise des Jahres 1973 hatte den zweiten Anwerbestopp zur Folge, der bis heute in Kraft geblieben ist. Es kam zwar zu einer beträchtlichen Reduzierung der Neuzuwanderungen, aber die erhoffte Steigerung der Rückkehrquote blieb aus, obwohl die Ausländer von der zunehmenden Arbeitslosigkeit am stärksten betroffen waren.

Die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer verringerte sich von 2,6 Millionen im Jahre 1973 auf 1,86 Millionen im Jahre 1978. Hingegen veränderte sich die Gesamtzahl der in der Bundesrepublik lebenden Ausländer nach dem Anwerbestopp nur geringfügig. Sie fiel von 4,13 Millionen im Jahre 1974 auf 3,95 Millionen im Jahre 1976/77 und stieg anschließend wieder auf ein Niveau von über vier Millionen an.

Schon 1972 hatte es im Abschlußbericht eines Planungsteams des Berliner Senats geheißen: „Ein Einwanderungsstopp vermag lediglich Neuzuwanderungen zu verhindern, gibt jedoch gegenüber bereits Eingewanderten dem deutschen Staat keine Handhabe für eine Rückführung und veranlaßt den Eingewanderten in einer Wirtschaftsdepression eher zu Forderungen an den deutschen Staat als zur Erwägung der Rückkehr“.

Der Anwerbestopp von 1973 hatte den sogenannten Festklammer-Effekt zur Folge. Da eine Rückkehr nicht mehr wie früher durch eine erneute Anwerbung korrigiert werden konnte, blieben auch diejenigen Ausländer in der Bundesrepublik, die jedenfalls zeitweilig in ihr Herkunftsland zurückkehren wollten. Die Einwanderung wurde auch im Bewußtsein als endgültig vollzogen.

Ein Teil der ausländischen Arbeitnehmer begann damit, den Nachzug der Familie zu organisieren. Während die Gesamtzahl der Ausländer aus den Anwerbestaaten von 1974 bis 1987 auf einem Niveau von 3,2 Millionen stagnierte, veränderte sich die Struktur der in der Bundesrepublik lebenden ausländischen Bevölkerung im gleichen Zeitraum grundlegend. Der Anteil der Männer über 16 Jahre verringerte sich um 17,7 %, während der Anteil der Frauen über 16 Jahre um 6,9 % anstieg und der der Kinder unter 16 Jahre sogar um 38,6 %.

Die Kindergeldregelung des Jahres 1975 beschleunigte diese Entwicklung. Im Rahmen der Einkommenssteuerreform waren die Kindergeldsätze für die in der Bundesrepublik lebenden Kinder stark erhöht worden, während für die im Heimatland lebenden Kinder ausländischer Arbeitnehmer weiterhin die älteren niedrigeren Sätze galten. Immer mehr Ehegatten und Kinder zogen aus den Heimatländern nach, ausländische Kinder wurden vermehrt in der Bundesrepublik geboren.

Auch die nationale Struktur der ausländischen Bevölkerung änderte sich von 1974 bis 1987 erheblich. Bis 1969 waren vor allem Italiener, später Jugoslawen angeworben worden. Ab 1973 wurden die Türken zur stärksten Anwerbenationalität. Der Anteil der Türken an der Gesamtzahl der Ausländer stieg von 1974 bis 1987 um

44,1 % von knapp über einer Million auf fast 1,5 Millionen. Ihre Zahl wäre weit höher, wenn nicht die ab 1986 mit der Türkei vereinbarte „Freizügigkeit“ ausgesetzt worden wäre.

Die Anteile der Italiener und Jugoslawen hingegen verringerten sich von 1974 bis 1987 um 13,5 % bzw. 15,6 %. Die Gesamtzahl der Italiener betrug 1987 noch ca. 545 000, die der Jugoslawen ca. 597 000. Nach den Türken, Jugoslawen und Italienern folgen die Griechen als viertstärkste Gruppe, dann die Spanier und Portugiesen. Diese quantitative Rangfolge der ausländischen Bevölkerungsgruppen in der Bundesrepublik hat sich von 1974 bis 1987 nicht verändert. Allerdings hat sich die Anzahl der Griechen, Spanier und Portugiesen von 1974 bis heute stetig verringert. Sicherlich eine Folge der sich immer stärker herausbildenden Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft.

Die Zahl der in der Bundesrepublik lebenden Ausländer erreichte nach dem leichten Rückgang in den 70er Jahren im Jahre 1982 einen Höchststand von 4,67 Millionen. 1983 führte das befristete Gesetz zur Förderung der Rückkehrbereitschaft zu einem Rückgang von etwa 300 000. Nach der letzten Volkszählung lebten im Mai 1987 ca. 61 Millionen Menschen auf dem Territorium der Bundesrepublik, davon 4,15 Millionen Ausländer.

Der auch nach dem Anwerbestopp vom November 1973 anhaltende Anstieg des ausländischen Bevölkerungsanteils geht vor allem auf das Nachholen von Ehegatten und Kindern zurück. Bei vielen Eheschließungen lebte die Frau oder auch der Mann zum Zeitpunkt der Heirat noch im Heimatland und wurde alsbald „nachgeholt“. Hinzu kommen die hier geborenen Kinder und schließlich die Asylbewerber, die nach Anerkennung oder im Wege der Duldung oder des „Untertauchens“ in der Bundesrepublik verbleiben.

1986 lebten in der Bundesrepublik 64 800 politische Flüchtlinge, denen seit 1953 politisches Asyl gewährt worden war. 1986 kamen knapp 100 000 Asylbewerber, 1987 sank ihre Zahl auf 57 000 und überschritt 1988 wieder knapp die Grenze von 100 000. Bei weniger als 9 % werden Asylgründe im Sinne des Artikels 16 Absatz 2 des Grundgesetzes anerkannt, der „politische Verfolgung“ voraussetzt.

Die Gesamtzahl der Asylanten und Asylbewerber betrug im Januar 1988 ca. 290 000, davon kamen 150 000 Personen aus osteuropäischen Ländern und 140 000 aus der Dritten Welt. Es bedarf keiner großen prophetischen Gabe, vorauszusagen, daß der größte Teil von ihnen in der Bundesrepublik verbleiben wird.

Seit 1976 verfügen wir über Prognosen, die die Entwicklung des deutschen und des ausländischen Bevölkerungsanteils vorausberechnen. Eine Prognose für den Ausländeranteil muß die Gesetzeslage, die Altersstruktur, die wirtschaftliche Lage und den wachsenden Bevölkerungsdruck in den schwach entwickelten Ländern berücksichtigen. Seit die Bundesrepublik für türkische Einwanderer praktisch versperrt ist, erlebte die Türkei eine Ost-West-Binnenmigration von fünf bis acht Millionen Menschen. Ein großer Teil von ihnen hätte versucht, in die Bundesrepublik auszuwandern.

Eine Ausländerprognose des Statistischen Bundesamtes rechnet sehr vorsichtig mit einem Anstieg der ausländischen Bevölkerung auf ca. sechs Millionen bis zum Jahre 2030. Zusammen mit den bis dahin auf ca. 42 Millionen geschrumpften Deutschen ergäbe sich am Ende des Prognosezeitraums eine Bevölkerung von ca. 48 Millionen mit einem Ausländeranteil von etwa 12,5 %.

Andere, meines Erachtens realistischere Prognosen gehen davon aus, daß die Ausländer bis dahin ca. 10 bis 12 Millionen zählen könnten, vorausgesetzt, daß das Ausländerrecht und die Einbürgerungspraxis sich nicht ändern. Bei ca. 42 Millionen Deutschen ergäbe sich eine Gesamtbevölkerung von 54 Millionen mit einem Ausländeranteil von ca. 22 %.

Jede Bevölkerungsprognose muß sich natürlich mit der Frage auseinandersetzen, in welchem Umfang in Zukunft Einwanderungen stattfinden. Gegenwärtig wird die Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik (d.h. auch die vorausberechneten Ausländerquoten) in entscheidender Weise vom starken Zustrom der Aus- und Übersiedler kurz- und mittelfristig stark beeinflusst.

Kamen 1986 nur etwa 70 000 Aus- und Übersiedler, so waren es 1987 bereits 100 000 und 1988 ca. 240 000. Für 1989 rechnete die Bundesanstalt für Arbeit zunächst mit 350 000 bis 400 000. Aber Ende 1989 zeigte sich, daß die Bundesrepublik mehr als 377 000 Aussiedler und knapp 344 000 Übersiedler aufgenommen hatte.

Der jährliche Einwanderungsbedarf zur Konstanterhaltung der Bevölkerung beläuft sich je nach Modellrechnung zur Zeit auf weniger als 200 000, ansteigend bis zum Jahr 2000 auf etwa 500 000, so daß der gegenwärtige Zustrom der Aus- und Übersiedler, der Asylanten und der ausländischen Familienangehörigen die Bevölkerungsabnahme mehr als kompensiert. Entgegen allen Prognosen der 70er/80er Jahre wird deshalb die Bevölkerung zumindest noch bis Mitte der 90er Jahre wachsen.

Das soziokulturelle Gefüge und die Assimilationskraft werden durch eine derart hohe jährliche Zuwanderungsrate auf eine harte Probe gestellt. Die erregte Diskussion über die zuwanderungsbedingten sozialen Lasten, die nach wie vor hohe Arbeitslosigkeit oder die weitere Verknappung von Wohnraum machen die Grenzen der Aufnahmewilligkeit deutlich.

Die teilweise ablehnende Haltung gegenüber "Einwanderern" übersieht jedoch die positiven Wirkungen auf die demographische Entwicklung und die Wirtschaft. Es mehren sich Stimmen, die die derzeitige, fast boomartige wirtschaftliche Entwicklung auf den starken Einwandererstrom zurückführen. Parallelen zum „Wirtschaftswunder“ der 50er Jahre tun sich auf.

Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik und deren wirtschaftliche Folgen

Seit vielen Jahren ist die Geburtenrate in der Bundesrepublik Deutschland extrem niedrig. Eine Elterngeneration wird nur noch zu knapp zwei Dritteln durch Kinder ersetzt. Ein rascher Wiederanstieg der Geburtenrate auf ein bestanderhaltendes Niveau bleibt höchst unwahrscheinlich.

Der Gießener Soziologe und Theologe Reimer Gronemeyer stellt fest, daß, wenn sich die derzeitigen Trends nicht ändern, zukünftig 50 % der Menschen unverheiratet bleiben, jede zweite Ehe geschieden werde, die Zahl der unehelich geborenen Kinder auf weit über 25 % ansteige und jedes zweite Kind nicht in der Familie aufwachsen könne, in die es hineingeboren worden sei. Die Untersuchungsergebnisse Reimer Gronemeyers sprechen gegen die Möglichkeit oder Wahrscheinlichkeit eines neuen Babybooms, der zudem die bereits eingetretenen „Bevölkerungsverluste“ von 10 bis 14 Millionen durch den Geburtenrückgang seit Mitte der 60er Jahre nicht ausgleichen könnte.

Die Deutschen der Bundesrepublik haben sich von 1970 bis 1987 um 1,3 Millionen verringert. Rechnet man die in diesem Zeitraum zugewanderten ca. 1 Million Aus- und Übersiedler sowie die Einbürgerungen ausländischer Bürger hinzu, so hat die bodenständige deutsche Bevölkerung im genannten Zeitraum deutlich über 2 Millionen abgenommen. Bis zum Jahr 2030 wird sie als Folge des Geburtenrückgangs um weitere 10 bis 14 Millionen abnehmen.

Die meisten Menschen können sich die Folgen der Geburtenrückgänge nur schwer vorstellen. Der frühere französische Staatspräsident Giscard d'Estaing umschrieb dies so: „Die Bevölkerungswissenschaft schreibt die Zukunft mit 20 oder 30 Jahren Vorsprung nieder. Aber es ist schwer, ihr zu glauben, solange wir durch die Gegenwart geblendet sind.“

Demographische Veränderungen zeitigen ihre Folgen mit charakteristischer Trägheit erst nach 10 bis 35 Jahren. So wurde der Arbeitsmarkt erst ab Mitte der 70er Jahre von den dramatischen Geburtenrückgängen seit 1965 beeinflusst, aber nicht etwa mit einem Rückgang der Arbeitslosigkeit, sondern mit deren Zunahme.

Der von dem Gießener Nationalökonom Ernst Günther 1931 entdeckte, paradox erscheinende Zusammenhang zwischen einem plötzlichen Geburtenrückgang nach geburtenstarken Jahrgängen und steigender Arbeitslosigkeit widerspricht den bekannten wirtschaftlichen und politischen Theorien zur Erklärung und Behebung von Arbeitslosigkeit. Daß der Arbeitsmarkt auch durch demographische Veränderungen beeinflusst werden kann, wird zwar von Fachleuten immer wieder betont, aber in Politik und Wirtschaft kaum zur Kenntnis genommen.

Warum sonst hatte die Bundesrepublik Millionen aufgewandt, um Gastarbeiterfamilien zur Heimkehr zu bewegen? Sollte dies die Arbeitslosigkeit sogar erhöht haben? Genauso, wie etwa die zuströmenden Aussiedler mit ihrer doppelt so hohen Kinderzahl den Arbeitsmarkt letztlich positiv beeinflussen?

In den Wirtschaftswissenschaften wird die von Günther Anfang der 30er Jahre entwickelte Theorie als Günther-Paradoxon bezeichnet. Kern der Theorie ist die These, ein starker Geburtenrückgang führe zu einem relativen, unter Umständen sogar absoluten Anstieg der Anzahl der Erwerbsfähigen. Der Anstieg könne für einige Zeit sogar stärker sein als bei höheren Geburtenzahlen.

Voraussetzung für solche Entwicklungen sind Instabilitäten, das heißt Brüche im Bevölkerungswachstum, zum Beispiel der Wechsel von einer vormals stabil wachsenden Bevölkerung zu einer plötzlichen oder langanhaltenden Reduzierung der Kinderzahlen in allen Familien. Dabei ist der Einfluß der Geburtenbewegung auf das Arbeitsangebot am deutlichsten, wenn auf von Jahr zu Jahr steigende abrupt fallende Geburtenzahlen folgen oder umgekehrt.

In der Bundesrepublik stieg die Zahl der Lebendgeborenen bis 1964 kontinuierlich an. 1965 setzte ein starker Geburtenrückgang ein, der bis 1978, dem absoluten Tiefpunkt, fast zu einer Halbierung der Zahl der Lebendgeborenen führte. 1964 waren es 1 065 437, 1968 576 468 Geburten.

Von 1979 an ist ein unkontinuierlich wachsender leichter Anstieg zu verzeichnen, der im Jahre 1988 einen Höchststand von 677 000 erreichte. Schon 1987 übertraf die Zahl der Lebendgeborenen das Ergebnis früherer Geburtenprognosen, da die Zuwanderungen vor allem aus dem östlichen Europa seit 1986 für eine Erhöhung der Geburtenzahlen sorgen.

Ein Geburtenrückgang nach geburtenstarken Jahrgängen erfaßt zunächst nicht das Erwerbspotential. Dieses wächst nach Eintritt des Geburtenrückgangs noch solange weiter, wie die geburtenstarken Jahrgänge, die dem Rückgang vorausgingen, in das Erwerbsleben eintreten; bei den heutigen Ausbildungszeiten etwa 18 bis 20 Jahre. Tatsächlich hatten wir 1984 den Höhepunkt der Arbeitslosigkeit.

Der zentrale Aspekt der Güntherschen Überlegungen ist die Relation zwischen Konsumbevölkerung (Gesamtbevölkerung) und Erwerbspotential. Vergrößert sich das Erwerbspotential, während die Konsumbevölkerung (und damit die gesamtwirtschaftliche Nachfrage) langsamer wächst, stagniert oder sogar abnimmt, bedingt der Anstieg der Arbeitskräfte-Konsumenten-Relation einen Anstieg der Arbeitslosigkeit. Günther unterscheidet je nach Bevölkerungsentwicklung zwischen Erweiterungs-, Erhaltungs- und Schrumpfungsbedarf. Die allgemeine Schwäche des Immobilienmarktes zwischen 1977 und 1987 war Kennzeichen eines Schrumpfungsbedarfs.

Von 1946 bis 1965 stieg die Bevölkerung in der Bundesrepublik, vor allem durch die Flüchtlinge, um fast 14 Millionen von rund 46 auf rund 59 Millionen. Von 1965 bis 1985 hingegen stieg sie trotz der Gastarbeiteranwerbung nur noch um rund 1,7 Millionen auf ca. 61 Millionen. Seit 1975 stagniert die Bevölkerung. Ohne die großen Zuwanderungen würde sie schrumpfen.

Der starke Geburtenrückgang seit 1965 machte sich zunächst in einem verlangsamten Bevölkerungswachstum, exakt seit 1975 in einer insgesamt stagnierenden bzw. bei der deutschen Bevölkerung sogar rückläufigen Entwicklung bemerkbar. Parallel zu dieser Entwicklung stieg der Erwerbsfähigenanteil seit 1974/75 von ca. 63% auf über 70% im Jahre 1984 an. Gleichzeitig erhöhte sich die Anzahl der Erwerbspersonen, das heißt die Anzahl derjenigen, die dem Arbeitsmarkt tatsächlich zur Verfügung stehen, von ca. 27 Millionen auf über 29 Millionen.

Während die Gesamtbevölkerung stagnierte, vergrößerte sich der Anteil der Erwerbsfähigen um ca. 3,3 Millionen, allein das Erwerbspotential um ca. zwei Millionen. Die großen Jahrgänge von vor 1965 wuchsen bei anhaltendem Geburtenrückgang allmählich in das arbeitsfähige Alter hinein und veränderten die Arbeitskräfte-Konsumenten-Relation zu einem Überangebot an Arbeitskräften.

So entstand der Eindruck von den „geburtenstarken Jahrgängen“ als Ursache der Arbeitslosigkeit. Doch nicht die geburtenstarken Jahrgänge der frühen 60er Jahre sind unser Problem, sondern die nachfolgenden halbierten. 1965, das Jahr des Pillenknicks, ist der eigentliche Entwicklungsbruch. Es leitete die dramatische Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik ein und zog mit voraussehbarer zeitlicher Verzögerung seit den 70er Jahren einen demographisch bedingten Anstieg der Arbeitslosigkeit nach sich.

Im Verhältnis von Demographie und Arbeitsmarkt sind in der Bundesrepublik Deutschland längerfristig zwei Phasen voneinander zu unterscheiden. Die erste langsam zu Ende gehende Phase ist durch stagnierende bzw. sinkende deutsche Bevölkerungszahlen charakterisiert bei gleichzeitiger Zunahme des Erwerbspotentials durch die geburtenstarken Jahrgänge der 50er und 60er Jahre.

In der zweiten Phase erreichen die geburtenschwachen Jahrgänge der 70er Jahre den Arbeitsmarkt. Sobald sich diese Gruppe zur Gänze im erwerbsfähigen Alter befindet, rücken bei rückläufigen Bevölkerungszahlen die gleichfalls geburtenschwachen Jahrgänge der 80er Jahre nach. Schon heute ist der Lehrstellenmangel kein Thema der öffentlichen Diskussion mehr – bis 1987 war das noch ein heißes politisches Eisen.

Die erwerbsfähige Bevölkerung im Alter von 20 bis 60 Jahren (Deutsche und Ausländer) beläuft sich gegenwärtig auf ca. 35 Millionen. Je nach Modellrechnung wird noch bis 1990 bzw. bis 1995 mit einer weiteren Zunahme auf ca. 36 Millionen gerechnet. Spätestens ab Mitte der 90er Jahre beginnt unweigerlich die Abnahme, die bis zum Jahr 2000 auf den heutigen Stand zurückführt. Der demographisch bedingte Rückgang der hohen Arbeitslosigkeit der ersten Phase wird verstärkt erst nach der Jahrhundertwende einsetzen.

Nach einem zunächst langsamen Rückgang bis 2010 auf 32 bis 33 Millionen wird sich die rückläufige Entwicklung in den folgenden 20 Jahren verschärfen und bis zum Jahre 2030 zu einer erwerbsfähigen Bevölkerung von 23 bis 24 Millionen führen. Der vorausgeschätzte Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter um ca. 12 Millionen wird geringer sein, wenn die Frauenerwerbsquote steigt und der Strom der Aus- und Übersiedler und der Ausländer anhält.

Der bisherige Mangel an Ausbildungs- und Arbeitsplätzen wird zuerst am Lehrstellenmarkt und später in allen Bereichen der Wirtschaft in einen empfindlichen Mangel an Nachwuchs und Arbeitskräften umschlagen. Dem steht ein Produktionsapparat gegenüber, der zur Zeit die absolute Rekordzahl von fast 28 Millionen

Erwerbspersonen beschäftigt und offensichtlich noch weitaus mehr beschäftigen könnte; denn die zuströmenden Übersiedler sind innerhalb von Tagen vom Arbeitsmarkt aufgenommen worden. Allein das Handwerk reklamierte rund 300 000 offene Stellen.

Es kann hier nicht auf die Struktur der noch knapp zwei Millionen Arbeitslosen eingegangen werden, aber es sei erlaubt, auf das schon Ende der 50er Jahre auftretende Phänomen hinzuweisen, daß Deutsche nicht mehr jeden Arbeitsplatz akzeptieren. Wenn man weiterhin einbezieht, daß sich zur Zeit rund 1,6 Millionen Deutsche in einer Hochschul-, aber nur 1,5 Millionen in einer dualen Berufsausbildung befinden, wird deutlich, daß für ganze Produktionsbereiche bald ein Bedarf an Arbeitskräften auftritt, der vom deutschen Arbeitsmarkt nicht mehr gedeckt werden kann.

Wegen der zu erwartenden Anspannungen am Arbeitsmarkt werden schon heute eine Reihe von Änderungen im Erwerbsverhalten diskutiert. Über die Erhöhung der Erwerbsquoten der Männer, vor allem aber der Frauen, ließen sich beachtliche Reserven erschließen. Modelle, die es der Frau erlauben, die Rolle der Mutter und Berufstätigen miteinander zu verbinden, werden zunehmend an Bedeutung gewinnen. Vereinzelt werden sie in der Wirtschaft bereits diskutiert.

Das zwischen 1970 und 1985 um ca. zwei Jahre auf 18,5 Jahre angestiegene Arbeitsmarkt-Eintrittsalter (mit steigender Tendenz bei wachsender Studienneigung) müßte gesenkt bzw. zumindest auf diesem Niveau gehalten werden. Das Arbeitsmarkt-Austrittsalter, das nach 1973 um etwa drei Jahre auf 59 Jahre gesunken ist, könnte bei einer Verknappung der Arbeitskräfte wieder angehoben werden. Die sogenannten „jungen Alten“ werden für den Arbeitsmarkt wieder interessant. Eine weitere, politisch kaum mobilisierbare Reserve liegt in der extrem niedrigen deutschen Wochenarbeitszeit.

Über die Folgen für den Arbeitsmarkt hinausgehend erhebt sich grundsätzlich die Frage, ob die Wirtschaft bei schrumpfender Bevölkerung überhaupt weiterwachsen kann und wird. In der Antwort des wissenschaftlichen Beirats beim Bundeswirtschaftsministerium heißt es dazu schon 1980: „Die wichtigste Voraussetzung hierfür ist, daß die Steigerung des technischen Fortschritts die Schrumpfrate der Erwerbsbevölkerung übersteigt. Eine Steigerung des Pro-Kopf-Einkommens und damit des Lebensstandards ist langfristig auch bei schrumpfender Bevölkerung möglich, solange überhaupt technischer Fortschritt realisiert wird“.

Theoretisch ist dieser Aussage nichts hinzuzufügen, empirisch aber steht fest, daß Nachfragesteigerungen ebenso wie ein rasches Wachstum des Arbeitsangebotes die Wirtschaftsdynamik positiv beeinflussen. Ein Bevölkerungsrückgang ist in der bisherigen Wirtschaftsgeschichte immer auch mit einem Wirtschaftsrückgang einhergegangen. Auch dürfte die Konsumfreudigkeit einer älteren Bevölkerung natürlicherweise geringer sein als die einer jüngeren.

Es sei erinnert an die kräftige Zunahme der Bevölkerungszahlen und vor allem der jungen Altersgruppen durch den Flüchtlingsstrom in der unmittelbaren Nach-

kriegszeit, die phasenverschoben um etwa 5 bis 10 Jahre einer dynamischen wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung, dem deutschen Wirtschaftswunder vorausging.

Wegen des Rückgangs der deutschen Erwerbsbevölkerung seit 1962 hatte die Gastarbeiterbeschäftigung in den 60er Jahren einen primär kompensatorischen und erst in zweiter Linie auch einen Arbeitskräfte-Erweiterungseffekt. Der kompensatorische Effekt verminderte Spannungen auf dem Arbeitsmarkt, der Erweiterungseffekt bezog sich im wesentlichen auf die Steigerung der Industrieproduktion, da die ausländischen Arbeitnehmer in ihrer überwiegenden Mehrheit in der industriellen Produktion beschäftigt sind. Mindestens ein Siebentel des wirtschaftlichen Wachstums von 1960 bis 1971 ist auf die Zuwanderung der Gastarbeiter zurückzuführen.

Die Deutsche Bank geht in einer jüngeren Analyse zur Demographie und Wirtschaftsdynamik davon aus, daß die Babyboomgeneration die Wirtschaftsgeschichte der 80er und 90er Jahre prägen wird. Der Anstieg in der Besetzung junger Altersgruppen sei in der Vergangenheit immer ein guter Frühindikator für wirtschaftliche Dynamik gewesen. Der prozentuale Anteil der 15- bis 30jährigen erreiche heute – im Unterschied zum Anteil der unter 15jährigen – ebenso wie Mitte der 50er Jahre den Höchstwert von 23 %. Die große Anzahl erwerbsfähiger junger Arbeitnehmer, die den Zeiten des Babybooms entstammen, sei ebenso wie die Zuwanderung junger Arbeitssuchender die ideale Basis für einen Produktivitätsschub.

Ich fasse zusammen: Im Verhältnis von Bevölkerungsstruktur und Arbeitsmarkt haben sich nicht der Flüchtlingsstrom der unmittelbaren Nachkriegszeit, nicht die ausländischen Arbeitnehmer und auch nicht die geburtenstarken Jahrgänge der 60er Jahre als das Problem erwiesen, sondern der dramatische Geburtenrückgang seit 1965.

Gegenwärtig wird das Wirtschaftswachstum durch die noch günstige Besetzung der aktiven Altersgruppen sowie den Zustrom der Aus- und Übersiedler angebots- und nachfrageseitig positiv beeinflusst. Anders hätten wir kaum ein Wirtschaftswachstum von real gut 4 % im Jahre 1989 erreicht. Wie durch alle seit 1945 erfolgten Verstärkungen der Bevölkerung, besonders durch jüngere aktive Altersgruppen, erfährt die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik einen Aufschwung.

„Einwanderungen“ und deren demographische und wirtschaftliche Bedeutung

Durch den zurückliegenden Geburtenrückgang und das extrem niedrige Geburtenniveau ist der Schrumpfungsprozeß der deutschen Bevölkerung weitgehend determiniert. Selbst der gegenwärtige Geburtenanstieg oder die positive Wanderungsbilanz werden an dem vorausgeschätzten Abwärtstrend nur wenig ändern.

Die deutsche Bevölkerungspyramide zeigt heute schon die makabre Tendenz zu einem urnenförmigen Aufbau, der durch schwache Jahrgänge bei Kindern und Jugendlichen, ein Vorherrschen der mittleren und

durch schwächere ältere Jahrgänge an der Spitze gekennzeichnet ist. Fortschreitend rücken die starken mittleren Jahrgänge an die Spitze, während ausschließlich schwache nachrücken.

Das Geburtendefizit oder der gegenwärtige Sterbeüberhang von über 100 000 Personen pro Jahr wird sich erheblich vergrößern. Dabei sind die Ausländer an der Sterblichkeit nur zu einem Prozent, am Geburtenaufkommen hingegen zu zehn Prozent beteiligt. Auch ohne weitere Einwanderungen wird sich ihr Anteil vergrößern, wenn es bei der vergleichsweise geringen Einbürgerung von maximal 30 000 pro Jahr bleibt.

Eine Untersuchung der Nettoreproduktionsrate macht die Geborenenlücke noch deutlicher. Die Nettoreproduktionsrate gibt an, wieviel Mädchen von tausend Frauen im Laufe ihres Lebens geboren werden. Wenn 1000 Frauen genau tausend Mädchen gebären, ist die Nettoreproduktionsrate = 1. Der Bevölkerungsbestand bleibt erhalten. Liegt die Zahl unter 1, schrumpft die Bevölkerung.

Die Nettoreproduktionsrate in der Bundesrepublik verharrt seit ca. 20 Jahren unter dem bestanderhaltenden Niveau. Sie liegt gegenwärtig bei 0,63, das heißt 1000 Frauen gebären durchschnittlich nur 630 Mädchen. Die Geborenenzahlen müßten um etwa zwei Drittel, das heißt von gegenwärtig über 600 000 auf über 1 Million jährlich ansteigen, um ein Schrumpfen der Bevölkerung zu verhindern. Die höhere Nettoreproduktionsrate ausländischer Frauen – 1975 noch bei 1,0 – hat sich dem deutschen Niveau bis heute rasch angenähert und hebt die Gesamt-Nettoreproduktionsrate nur noch leicht an.

Daß die Wohnbevölkerung seit Mitte der 80er Jahre nicht weiter zurückgeht, ist zum geringsten Teil dem Anstieg der Geburten, vor allem aber dem Zustrom von „Einwanderern“ zu verdanken.

Der Anstieg der Geburten seit 1986 auf über 600 000 (1988: 677 000) ist im wesentlichen ein „Echoeffekt“ der geburtenstarken Jahrgänge der 60er Jahre, die sich heute im heiratsfähigen Alter befinden. Nach der „Baby-boomgeneration“ – sie wird 1995 ca. 35 Jahre alt und hat damit ihre Familienbildung abgeschlossen – wird diese Quelle der Mehrgeburten endgültig versiegen.

Die meisten Bevölkerungsprognosen rechnen aufgrund der Zuwanderungen der Aus- und Übersiedler noch bis Mitte der 90er Jahre bzw. sogar bis zur Jahrtausendwende mit einem Bevölkerungsanstieg von mehreren Millionen. Die Anzahl der im östlichen Europa lebenden Deutschen wird heute grob auf 3,5 Millionen geschätzt. Man nimmt an, daß bis zur Jahrtausendwende noch mindestens zwei Millionen in die Bundesrepublik einwandern.

Die DDR haben von 1961 bis 1988 616 066 Übersiedler (mit Ausreiseanträgen) und Flüchtlinge verlassen. Es ist schwer vorzuschätzen, wieviele Menschen die DDR noch verlassen wollen und deshalb Ausreiseanträge gestellt haben. Amtliche Stellen sprechen von mindestens einer halben Million Anträgen, von denen etwa 1,5 Millionen Personen betroffen wären. Neueste Schätzungen kommen auf ca. 750 000 Anträge, die über zwei Millionen DDR-Deutsche betreffen.

Die Aus- und Übersiedler weisen ebenso wie die ausländische Bevölkerung eine wesentlich günstigere Altersstruktur auf. Durch den hohen Anteil von Kindern und Jugendlichen und die höhere Nettoreproduktionsrate wird der Geburtenrückgang und der Alterungsprozeß bei der bundesdeutschen Bevölkerung abgemildert bzw. hinausgeschoben.

Ein Gutachten des Instituts der deutschen Wirtschaft zur Integration deutscher Aussiedler kommt zu dem Ergebnis, daß auch die Addition der Jugend- und Altenlastquote unter dem Einfluß der Aussiedler-Bevölkerung niedrigere Belastungsquoten für die erwerbsfähige Bevölkerung ergibt.

Der demographische Einfluß der gegenwärtigen Zuwanderungen sollte allerdings auch nicht überschätzt werden. Wie das Statistische Bundesamt betont, verschoben sich die Anteile der einzelnen Altersgruppen an der Gesamtbevölkerung bei einer vorsichtig geschätzten Zuwanderung von nur 1,4 Millionen jeweils um weniger als einen Prozentpunkt.

Im Hinblick auf den Arbeitsmarkt werden die Aus- und Übersiedler die Lücken füllen, die der demographisch bedingte Rückgang der deutschen Erwerbspersonen ab Mitte der 90er Jahre verursacht. Ohne diese Zuwanderungen würde sich in vielen Produktionsbereichen schon heute die Notwendigkeit von Gasterbeiteranwerbungen ergeben. Bis zur Jahrhundertwende schrumpft das einheimische deutsche Erwerbspotential um ca. 2,5 Millionen. Die bis dahin um nur 328 000 anwachsenden, bereits hier ansässigen ausländischen Erwerbspersonen können diesen Rückgang nur marginal ausgleichen. Um das Defizit völlig auszugleichen, wäre die Zuwanderung von ca. 3,5 Millionen Aus- und Übersiedlern erforderlich.

Mit vorübergehenden Stau Problemen am Arbeitsmarkt muß zweifellos gerechnet werden, denn der starke Zustrom der Aus- und Übersiedler trifft erst ab 1995 auf einen zunächst noch langsamen Rückgang der einheimischen Erwerbspersonen.

Die große Zahl und günstige Altersstruktur der Aus- und Übersiedler wird sich nachhaltig positiv auf das Wirtschaftswachstum auswirken. Die Belebung der Nachfrage nach Konsumgütern, Wohnungen und öffentlichen Leistungen löst schon heute nicht nur multiplikative Nachfrageeffekte aus, sondern bewirkt offensichtlich auch schon zusätzliche Investitionen. Es ist der von Günther festgestellte Erweiterungsbedarf.

Professor Norbert Walter, Chefökonom der Deutschen Bank, geht davon aus, daß sich der Auftrieb im Konsumgüterbereich in zwei Phasen vollziehen wird. Zunächst einmal werde die Nachfrage nach Gütern des täglichen Bedarfs wie Nahrungsmittel, Bekleidung und Schuhe um die Rate der Zuwanderung wachsen. Nachdem die Zuwanderer in den Arbeitsmarkt integriert sind und über eigene Einkommen verfügen, werde ein Nachfrageanstieg nach dauerhaften Konsumgütern erfolgen. Aufgrund der zunächst noch geringen Ansprüche richte sich die Nachfrage vor allem auf preiswerte Güter, wovon besonders die Gebrauchsgütermärkte und die Märkte für ältere auslaufende Modelle profitieren. Angesichts des hohen Bedarfs und der großen Kaufbereit-

schaft der zugewanderten Aus- und Übersiedler wird die Investitionstätigkeit im Konsumgüterbereich einen kräftigen Auftrieb erfahren.

Die durchaus mögliche Zuwanderung von zwei Millionen Menschen bis 1993 entspricht als reale Mehrnachfrage nach Konsumgütern, Wohnungsbauten, öffentlichen Gütern und Dienstleistungen einem „Konjunkturprogramm“ von ca. 100 Milliarden DM.

Wichtiger noch als die nachfragebedingte Steigerung des Wirtschaftswachstums sind die Wachstumsimpulse, die die Wirtschaft durch das wertvolle Potential an zugewanderten Arbeitskräften erhalten wird. Die große Mobilität und Anpassungsbereitschaft der Aus- und Übersiedler fördern ein kräftiges Wirtschaftswachstum.

Über die Hälfte der Aus- und Übersiedler findet einen Arbeitsplatz, ohne daß das Arbeitsamt als Vermittler tätig wird. Gute Aussichten haben die Aus- und Übersiedler in Branchen mit einem spürbar zunehmenden Facharbeitermangel, zum Beispiel beim Bau oder generell im Handwerk. Sie besetzen Arbeitsplätze, die häufig über lange Zeit unbesetzt waren.

Bedingt durch die oft nur geringeren Sprachkenntnisse ist die Integration der Aussiedler ungleich schwieriger als die Eingliederung der Übersiedler. Beider Berufsqualifikationen werden zwar zumeist anerkannt, entsprechen aber in vielen Fällen nicht den fortgeschrittenen Ansprüchen in der Bundesrepublik.

Sprach- und berufliche Fortbildungskurse sind Investitionen, die nicht nur vom Staat, sondern auch von der privaten Wirtschaft initiiert und getragen werden. Dabei bricht sich immer mehr die Erkenntnis Bahn, daß die Eingliederung schneller gelingt, wenn Arbeitsaufnahme und Sprachunterricht parallel erfolgen.

In der öffentlichen Diskussion werden die Lasten, die dem deutschen Staat bzw. dem sozialen Sicherungssystem

durch die Integration der Zuwanderer erwachsen, unverhältnismäßig stark hervorgehoben. Die vorübergehend höheren Staatsausgaben können aber durch die zu erwartenden Steuermehreinnahmen und Beiträge zu den Sozialkassen bald mehr als wieder ausgeglichen werden.

Auch im Hinblick auf die öffentlichen Haushalte kann also kurz- oder mittel-, erst recht aber langfristig von einem positiven Beitrag der Aus- und Übersiedler ausgegangen werden. Die in den deutschen Arbeitsprozeß eingegliederten Ausländer der 60er und 70er Jahre beweisen dies spätestens seit den 80er Jahren.

Das am häufigsten diskutierte Problem im Zusammenhang mit der demographischen Entwicklung ist die Reform der Altersvorsorge. Die eigentlichen Probleme werden sich erst nach der Jahrhundertwende ergeben, wenn die ersten Jahrgänge der Babyboomgeneration in Rente gehen und nur noch schwache Altersgruppen in das Erwerbsleben nachrücken.

Heute stehen 100 Beitragszahlern 48 Rentner gegenüber, im Jahre 2010 sind es 72 Rentner und 2030 sogar 112. Die große Zahl der Zuwanderer, ihre günstige Altersstruktur und ihre zunächst noch höhere Nettoreproduktionsrate werden eine spürbare Entlastung des sozialen Sicherungssystems zur Folge haben, ohne das Problem allerdings langfristig zu lösen.

Zusammengefaßt ist festzustellen: Die Zuwanderungen in die Bundesrepublik müssen als Chance begriffen werden. Sie entfalten nachhaltig positive Wirkungen auf die demographische Entwicklung, den Arbeitsmarkt, das Wirtschaftswachstum, die öffentlichen Finanzen und das soziale Sicherungssystem.

Dr. Heinz Peter Volkert
Präsident des Landtags
Rheinland-Pfalz

System der Statistiken in der Energie- und Wasserversorgung sowie im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe

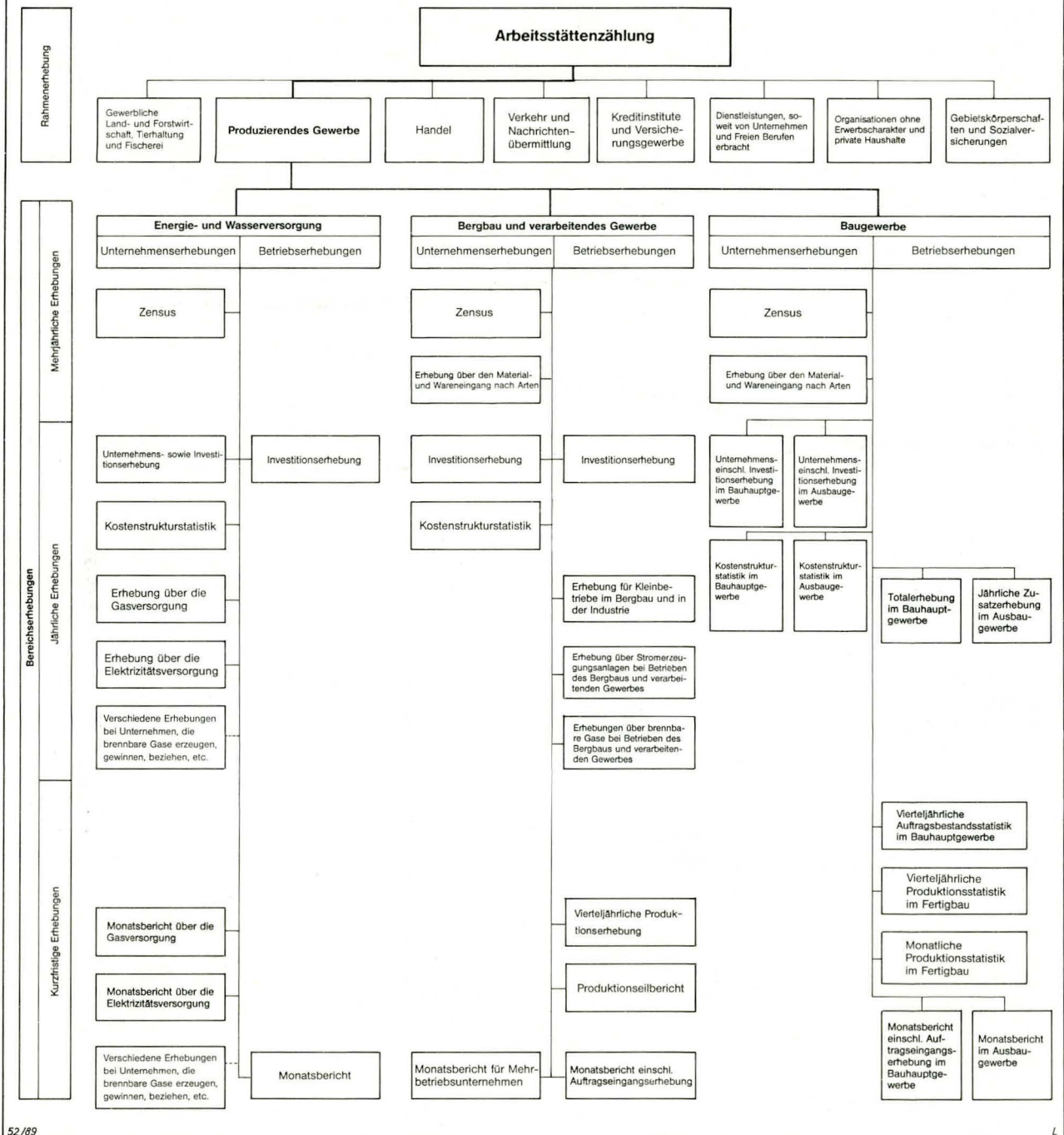
Mit dem Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe vom 6. November 1975 haben die Bemühungen um eine Reform der Industriestatistik ihren Abschluß gefunden. Damit wurde ein System aufeinander abgestimmter kurz- und längerfristiger Erhebungen im produzierenden Gewerbe, das die Bereiche Energie- und Wasserversorgung, Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe umfaßt, geschaffen. Ein Ziel der Neuordnung war es, die Statistiken für die einzelnen Teilbereiche des produzierenden Gewerbes zu einem konsistenten Erhebungs- und Aufbereitungssystem zusammenzufassen. Durch eine Verzahnung der Einzelstatistiken wurde vermieden, daß auskunftspflichtige Unternehmen in unterschiedlichen Statistiken das gleiche Merkmal melden müssen. In dem folgenden Beitrag wird dieses System, das noch heute Gültigkeit hat,

für die Bereiche Energie- und Wasserversorgung sowie Bergbau und verarbeitendes Gewerbe dargestellt.

Arbeitsstättenzählung als Rahmenerhebung für laufende Bereichserhebungen

Hauptzweck der Arbeitsstättenzählung ist eine totale Bestandsaufnahme aller existierenden Einheiten. Dadurch wird ein fachlich und regional tief gegliedertes Strukturbild der gesamten gewerblichen Wirtschaft, die sich vom produzierenden Gewerbe über den Handel, den Verkehr, die Kreditwirtschaft und die von Unternehmen erbrachten Dienstleistungen bis zu den gemeinnützigen Institutionen und die Gebietskörperschaften erstreckt, ermöglicht. Von der Landwirtschaft werden

System der Statistiken im Produzierenden Gewerbe



nur diejenigen Betriebe einbezogen, die steuerlich als Gewerbebetriebe gelten. Erhebungsmerkmale sind im wesentlichen die Zahl der Beschäftigten und die Brutto-lohn- und -gehaltssumme.

Daneben dient die Arbeitsstättenzählung als Basis-(Rahmen)Erhebung für nachfolgende Bereichserhebungen. Diese Erhebungen, die sich auf ausgewählte, von ihrer Bedeutung her herausragende Wirtschaftsbereiche erstrecken, können in mehrjährige, jährliche und kurzfristige Erhebungen unterteilt werden. Da die Arbeitsstättenzählung alle Wirtschaftsbereiche umfaßt, ermöglicht sie die Einordnung der betreffenden

Bereichserhebung in den Gesamtrahmen. Außerdem füllt sie die Lücken für die Wirtschaftsbereiche, die durch andere Statistiken nicht oder nicht vollständig erfaßt werden. So stellt für den gesamten Bereich der Kreditinstitute und des Versicherungsgewerbes und für weitere Teile der Dienstleistungen die Arbeitsstättenzählung die einzige Datenquelle dar. Darüber hinaus wird das Anschriftenmaterial zur Aktualisierung der Karten der laufenden Erhebungen benutzt. Arbeitsstättenzählungen – sie fand zuletzt 1987 statt – wurden in der Vergangenheit höchstens alle zehn Jahre zusammen mit der Volks- und Berufszählung durchgeführt, was den Vorteil hatte, daß die Zählerorganisation

gemeinsam genutzt werden konnte. Da aufgrund der Erfahrungen mit der letzten Volkszählung der Termin für die nächste ungewiß ist, wird für die Arbeitsstättenzählung zur Zeit ein von der Volkszählung getrenntes Erhebungsverfahren diskutiert.

Bereichserhebungen

Zensen

Als wichtigste Bereichserhebungen sind die in mehrjährigen (in der Regel vier- bis sechsjährigen) Zeitabständen stattfindenden Zensen zu nennen. Sie sind, wie die Arbeitsstättenzählung, Totalerhebungen, gehen aber in ihrem Frageprogramm zum Teil deutlich darüber hinaus. Beispiele sind der Zensus im produzierenden Gewerbe, die Handels- und Gaststättenzählung und die Handwerkszählung. Die Landwirtschaftszählung hingegen erstreckt sich im Gegensatz zur Arbeitsstättenzählung auf die gesamte Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei, d. h. einschließlich der nicht als Gewerbebetrieb geführten Betriebe.

Jahreserhebungen

Die mehrjährigen Zensen werden in der Regel durch Jahreserhebungen ergänzt, die zur Entlastung der Berichtspflichtigen zum Teil als Stichprobenerhebungen durchgeführt werden. Dies gilt für die Jahreserhebungen im Handel und Gastgewerbe und für die Arbeitskräfteerhebung in der Landwirtschaft. Ein sehr tiefgegliedertes Fragenprogramm weisen die ebenfalls teilweise als Zufallsstichprobe organisierten Kostenstrukturserhebungen im produzierenden Gewerbe auf. Im Baugewerbe werden daneben jährliche Unternehmens- und Investitionserhebungen durchgeführt, die sich auf alle Unternehmen ab 20 (Bauhauptgewerbe) bzw. 10 Beschäftigte (Ausbaugewerbe) erstrecken. Im Bereich Energie- und Wasserversorgung, in dem die Kostenstrukturhebung alle Unternehmen mit zehn und mehr Beschäftigten erfaßt, deckt die Jahreserhebung zusätzlich die kleinen Unternehmen mit weniger als zehn Beschäftigten ab. Ein anderes Erhebungssystem existiert im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe. Zur Entlastung der Firmen, die eine umfangreiche kurzfristige Berichterstattung zu bewältigen haben, werden dort, mit Ausnahme der industriellen Kleinbetriebe, die monatlichen Daten zu Jahreswerten kumuliert, wodurch sich eigene Jahreserhebungen erübrigen.

Kurzfristige Erhebungen

Kurzfristige d. h. monatliche bzw. vierteljährliche Erhebungen werden nur in wenigen Wirtschaftsbereichen durchgeführt. Neben dem produzierenden Gewerbe, das ein sehr umfassendes kurzfristiges Berichtssystem aufweist, gibt es nur noch die monatlichen Stichprobenerhebungen im Handel und Gastgewerbe und die ebenfalls als Zufallsstichprobe organisierte vierteljährliche Handwerksberichterstattung. Wegen des dabei auftretenden Stichprobenfehlers werden in diesen Fällen die Ergebnisse nur in Form von Maßzahlen dargestellt.

Statistiken in der Energie- und Wasserversorgung sowie im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe

In der amtlichen Statistik wird zwischen Primärerhebungen und Sekundärstatistiken unterschieden. Bei den Primärerhebungen werden die in den Ergebnissen nachgewiesenen Einheiten (wie z. B. Unternehmen, Betriebe) direkt befragt, während bei den Sekundärstatistiken bereits vorhandene Verwaltungsunterlagen für statistische Zwecke ausgewertet werden. Beispiele für Sekundärstatistiken sind die Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit und die Umsatzsteuerstatistik. Bei den Statistiken des Bergbaus und verarbeitenden Gewerbes handelt es sich durchweg um Primärerhebungen.

Erhebungs- und Darstellungseinheiten

Bei den Statistiken im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe werden als Erhebungseinheiten Unternehmen und Betriebe unterschieden. Als Unternehmen wird die in einer bestimmten Rechtsform organisierte wirtschaftliche Einheit verstanden, für die aus rechtlichen Gründen Bücher geführt und Jahresabschlüsse aufgestellt werden. Betriebe sind dagegen die örtlichen Einheiten. Besteht ein Unternehmen aus einer einzigen örtlichen Einheit (Einbetriebsunternehmen), sind die Begriffe Betrieb und Unternehmen identisch. Die Bezeichnungen Betrieb, Arbeitsstätte und Niederlassung werden häufig synonym verwandt.

Im Gegensatz zur Arbeitsstättenzählung, in der als Betrieb jede durch ein Grundstück und eine Räumlichkeit abgegrenzte örtliche Einheit gilt, in der mindestens eine Person erwerbstätig ist, sind bei der Statistik im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe die in ihrer unmittelbaren Umgebung liegenden und von ihr abhängigen Einheiten in die betreffende Betriebsmeldung einzubeziehen.

Für regionale Darstellungen werden Betriebe bevorzugt, weil sie am Ort ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit nachgewiesen werden. Neben Unternehmen und Betrieben werden auch fachliche Unternehmens- und Betriebsteile als Darstellungseinheiten verwendet. Während bei Unternehmens- und Betriebsergebnissen die Einheiten mit kombinierten Tätigkeiten wirtschaftssystematisch dem Wirtschaftszweig zugeordnet werden, der den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit bildet, werden bei den Ergebnissen nach fachlichen Teilen die einzelnen Tätigkeiten unabhängig vom Schwerpunkt der zutreffenden Branche zugeordnet. Die Ergebnisse des Monatsberichts für Betriebe werden nach beiden Arten dargestellt.

Erhebungsbereiche

Im Gesetz über die Statistik im produzierenden Gewerbe wird lediglich eine Höchstgrenze für die Zahl der zu erfassenden Einheiten genannt. Um diese Grenze nicht zu überschreiten, andererseits aber eine möglichst weitgehende Regionalisierung der Ergebnisse unterhalb der Landesebene zu erreichen, wurde bun-

desweit eine untere Abschneidegrenze eingeführt, ab der alle Firmen zu erfassen sind.

Energie- und Wasserversorgung

In der Energie- und Wasserversorgung, die auch die Eigen- und Regiebetriebe der Kommunen enthält, werden im Rahmen des in größeren Zeitabständen stattfindenden Zensus alle Unternehmen der Elektrizitäts-, Gas- und Fernwärmeversorgung sowie die Unternehmen der Wasserversorgung mit einer jährlichen Wasserabgabe von 200 000 m³ und mehr erfaßt.

Bei den alle Energiezweige umfassenden Jahreserhebungen unterscheidet man die Investitionserhebung, die mit Ausnahme der Wasserversorgung alle Unternehmen und Betriebe erfaßt, und die Kostenstrukturhebung (einschl. Jahreserhebung), die sich wegen des sehr differenzierten Frageprogramms nur an die Unternehmen mit zehn und mehr Beschäftigten wendet. Als Ergänzung wird daher noch eine Jahreserhebung bei den Unternehmen mit einem bis neun Beschäftigten durchgeführt.

Monatlich werden folgende Einheiten erfaßt:

- Alle Betriebe der Elektrizitäts-, Gas- und Fernwärmeversorgung von Unternehmen des produzierenden Gewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten,
- Betriebe der Wasserversorgung mit einer jährlichen Wasserabgabe von 200 000 m³ und mehr,
- Betriebe der Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung mit 20 und mehr Beschäftigten von Unternehmen mit wirtschaftlichem Schwerpunkt außerhalb des produzierenden Gewerbes.

Bei den übrigen monatlichen und jährlichen Erhebungen, die sich an einzelne Energieträger wenden, werden in der Regel alle vorhandenen Einheiten in die Erhebung einbezogen.

Bergbau und verarbeitendes Gewerbe

Wegen der Vielzahl von kleinen Unternehmen, die zusammen nur einen relativ geringen Beitrag zum Wirtschaftsgeschehen leisten, werden zu den Erhebungen im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe grundsätzlich nur die Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten und deren Betriebe herangezogen. Ausnahmen bilden lediglich die Erhebungen für Kleinbetriebe, in der einmal im Jahr alle Industriebetriebe mit weniger als 20 Beschäftigten erfaßt werden, sowie die Material- und Wareneingangs- und die Kostenstrukturhebung, die als Stichprobenerhebungen durchgeführt werden.

Die exakte Abgrenzung des Berichtskreises des mehrjährigen Zensus, der jährlichen Investitionserhebung sowie der monatlichen und vierteljährlichen Erhebungen gestaltet sich wie folgt:

- Unternehmen des Bergbaus und verarbeitenden Gewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten,

- alle Betriebe dieser Unternehmen mit wirtschaftlichem Schwerpunkt im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe,
- alle Betriebe des Bergbaus und verarbeitenden Gewerbes von Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung sowie des Baugewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten und
- Betriebe des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten von Unternehmen, deren wirtschaftlicher Schwerpunkt außerhalb des produzierenden Gewerbes liegt.

Zur Vervollständigung des Bildes werden einmal im Jahr im Rahmen der Erhebung für Kleinbetriebe im Bergbau und in der Industrie die Industriebetriebe mit weniger als 20 Beschäftigten, die nicht schon zum Monatsbericht meldepflichtig sind, befragt. Hierbei fehlt allerdings die große Zahl der kleinen Handwerksbetriebe, die lediglich in der in größeren Zeitabständen stattfindenden Handwerkszählung vollständig erfaßt werden.

Erhebungstatbestände

Zensus im produzierenden Gewerbe

Mit Ausnahme der Kostenstrukturhebungen, die im Bereich des produzierenden Gewerbes als Stichprobe nur für Unternehmen durchgeführt werden, werden in den jährlichen und unterjährigen Bereichserhebungen in der Regel nur Bruttogrößen bzw. Bestandteile von Nettogrößen, wie Beschäftigte, Löhne und Gehälter, Umsätze, Bruttoproduktionswerte, Investitionen usw., erfragt. Da für die Gewichtung der monatlichen Produktionsindizes für das produzierende Gewerbe auch Angaben über den Nettoproduktionswert benötigt werden, wird nach Möglichkeit alle fünf bis sechs Jahre ein Zensus durchgeführt. Der ursprünglich als Originärerhebung konzipierte Zensus im produzierenden Gewerbe wurde 1985 erstmals durch eine Schätzung aufgrund der Ergebnisse der Kostenstrukturhebungen ersetzt. Die Schätzung, die künftig im Prinzip jährlich vorgenommen werden kann, erfolgt im wesentlichen in zwei Schritten. Zunächst werden die Nettoproduktionswerte der nicht in der Stichprobe der Kostenstrukturhebung enthaltenen Unternehmen mit Hilfe von Durchschnittswerten der einbezogenen Unternehmen geschätzt. Im zweiten Schritt erfolgt die Verteilung der Nettoproduktionswerte der Mehrbetriebsunternehmen nach einem bestimmten Schlüssel auf die einzelnen Betriebe.

Kostenstrukturhebungen

Eine zentrale Stellung innerhalb des Systems der Statistiken im produzierenden Gewerbe nehmen die jährlichen Kostenstrukturhebungen ein. Sie dienen der Erfassung und Gegenüberstellung der betrieblichen Aufwendungen und Erträge und ermöglichen damit die Aufstellung eines Produktionskontos, aus dem die wichtigen volkswirtschaftlichen und betriebswirtschaftlichen Leistungsgrößen, wie Brutto- und Nettoproduktions-

Ableitung der Leistungsgrößen für den Bergbau und das Verarbeitende Gewerbe

Verbrauch an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen o. USt.	Brutto- produktions- wert o. USt.	Umsatz aus eigenen Er- zeugnissen und aus indu- striellen handwerklichen Dienstleistungen (Lohnarbeiten usw.) o. USt.
Einsatz an Handelsware o. USt.		
Kosten für durch andere Unternehmen ausgeführte Lohnarbeiten o. USt.		Umsatz aus Handelsware o. USt.
Kosten für sonstige industrielle/handwerkliche Dienstleistungen (nur fremde Leistungen) o. USt.		Umsatz aus sonstigen nicht- industriellen/nichthandwerklichen Tätigkeiten o. USt.
Mieten und Pachten o. USt.		
Sonstige Kosten o. USt.		
Verbrauchssteuern		Bestandsveränderung an unfertigen und fertigen Erzeugnissen aus eigener Produktion
Sonstige indirekte Steuern abzüglich Subventionen für die laufende Produktion		
Abschreibungen		Selbst erstellte Anlagen (einschl. Gebäude und selbst durchgeführter Großreparaturen) soweit aktiviert.
Nettowertschöpfung zu Faktorkosten		
	Netto- produktions- wert o. USt.	
		Bruttowert- schöpfung zu Faktorkosten

wert, Brutto- und Nettowertschöpfung abgeleitet werden können.

material für die Berechnung des monatlichen Produktionsindex, eines der wichtigsten Konjunkturindikatoren.

Investitionserhebungen

Im Rahmen der jährlichen Investitionserhebungen wird im wesentlichen der für die Beurteilung der konjunkturellen Entwicklung besonders wichtige Zugang an Anlagegütern erfragt. Ab dem Berichtsjahr 1988 wird erstmalig neben dem Wert der in der Bilanz aktivierten Anlagen auch der Wert der neu gemieteten und gepachteten Sachanlagen erfaßt. Durch den Übergang vom Eigentümer- zum Nutzerkonzept bei der Investitionserhebung wird eine vollständige Erfassung der Investitionen im Bereich des produzierenden Gewerbes erreicht.

Vierteljährliche Produktionserhebung

Zur Ermittlung der Produktionsstruktur und deren Veränderung wird im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe vierteljährlich die Produktion nach ca. 6 000 Güterarten erfragt. Die Ergebnisse werden u.a. für die Beobachtung von Wachstumsprozessen, für handelspolitische Zwecke (Handelsvertragsverhandlungen, Zollpolitik) und zur Marktbeobachtung benötigt. Außerdem dienen sie als Ausgangsmaterial für die Berechnungen von Produktionsindizes sowie für Input-Output-Untersuchungen.

Produktions-Eilbericht

Im monatlichen Produktions-Eilbericht wird die Produktion für höchstens 1 000 ausgewählte Warenarten erfragt. Die Ergebnisse dienen in erster Linie als Daten-

Monatsbericht für Betriebe

Im Monatsbericht für Betriebe werden Merkmale erfragt, deren Ergebnisse in erster Linie der kurzfristigen Beurteilung der konjunkturellen Lage sowie der regionalen und sektoralen Strukturpolitik dienen. Während der Auftragseingang einen wichtigen Frühindikator der konjunkturellen Lage darstellt, wird die Entwicklung der Zahl der Beschäftigten u.a. von der Landesregierung zur Erfolgskontrolle der betrieblichen Wirtschaftsförderung verwendet.

Weitere Konjunkturindikatoren sind die Bruttolohn- und -gehaltssumme, die geleisteten Arbeiterstunden und der Umsatz. Die Angaben über den Energieverbrauch geben Aufschluß über den Bedarf an Brennstoffen und Elektrizität in der Industrie.

Monatsbericht für Mehrbetriebsunternehmen

Da im Rahmen des Monatsberichts für Betriebe nur die im Bereich des Bergbaus und verarbeitenden Gewerbes tätigen Betriebe erfaßt werden, müssen zur Bildung von Unternehmensergebnissen bei den Mehrbetriebsunternehmen auch Angaben für das gesamte Unternehmen erfragt werden. Um die Belastung der Wirtschaft zu begrenzen, beschränkt sich die Erhebung auf die Merkmale Beschäftigte, Löhne und Gehälter und Umsatz.

Diplom-Volkswirt Hans-Henning Meincke

Fertighäuser 1988

Erstmals im Jahre 1968 wurde im Rahmen der Bau-tätigkeitsstatistik von Rheinland-Pfalz ein ausführlicher Nachweis von Fertigteilbauten geführt. Damals lagen die industriell vorgefertigten Einheiten (328 Wohngebäude) mit einem Anteil von 2,5 % an allen zum Bau freigegebenen Wohngebäuden quotenmäßig noch weit zurück. In den folgenden Jahren ergab sich ein deutlicher Nachfrageanstieg; fast stetig konnten Fertighäuser ihre Marktbedeutung ausweiten.

Bereits im Jahre 1972 wurden von den zuständigen Bauaufsichtsbehörden für mehr als 1000 Wohngebäude Baufreigaben erteilt, acht Jahre später registrierte die amtliche Statistik in Rheinland-Pfalz 2 634 Baugenehmigungen für Wohnbauten mit insgesamt 3 642 Wohnungen. Die Anteile des Fertigteilbaus an den gesamten Baugenehmigungen des Jahres 1980 erreichten dabei mit Werten von 16,8 bzw. 14,7 % den bisherigen Höchststand. Maßgeblich zu dieser Entwicklung beigetragen hatte die starke Nachfrage nach vorgefertigten Einfamilienhäusern. Auf diese Gebäudeart entfielen 1980 bereits 18,4 % aller Wohnungsbaugenehmigungen.

Fertighäuser konnten Marktstellung festigen

Im Zeitraum von 1980 bis 1988 hat sich der Anteil des Fertigteilbaus an allen Wohnbaugenehmigungen bei einem Mittelwert von 14,8 % eingependelt. Für Einfamilienhäuser errechnete sich in diesem Zeitraum ein Anteil von 16 %, bei Zweifamilienhäusern waren es 14,9 %, während Mehrfamilienhäuser nur zu durchschnittlich 1,8 % vertreten waren. Im Jahresmittel genehmigten die Bauaufsichtsbehörden in Rheinland-Pfalz den Bau von 1 560 Fertighäusern.

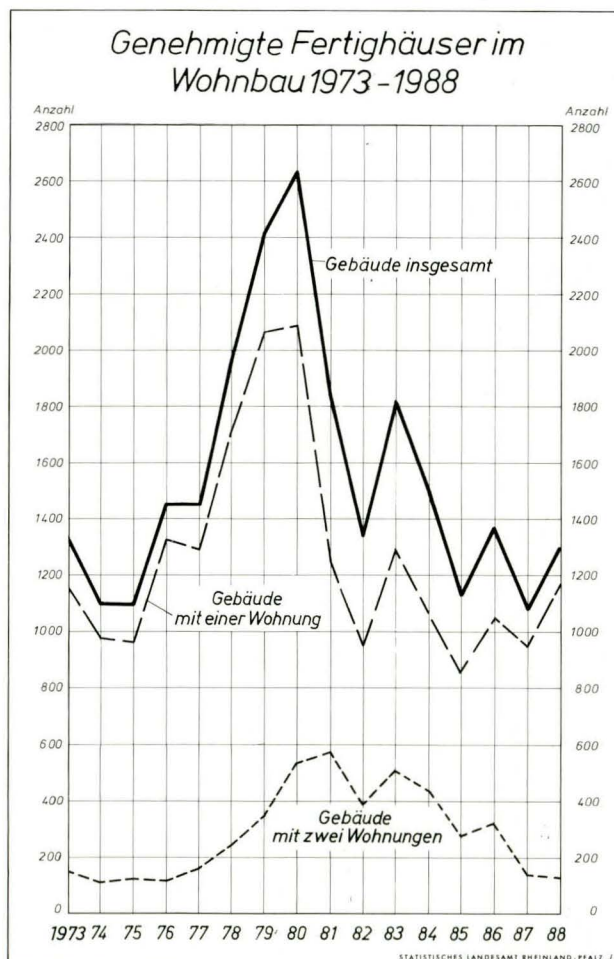
Die in den siebziger Jahren von der Fertighausindustrie erreichte Marktposition hat sich durch den weiteren Ausbau der Lieferprogramme, durch Verbesserungen der Fertigungsqualität und Ausstattung sowie durch erhöhte Planungsflexibilität gefestigt. Wie der Wohnungsbau insgesamt ist auch der Fertigteilbau konjunkturellen Schwankungen unterworfen. Die jährlichen Veränderungsraten sowohl aller Baugenehmigungen als auch der für Fertigteilgebäude weisen im konjunkturellen Gesamtverlauf eine einheitliche Tendenz auf. In dem Zeitraum seit 1980 waren positive Entwicklungen in den Jahren 1983, 1986 und 1988 zu verzeichnen. Einbußen bei der Anzahl der geplanten Errichtung von Wohngebäuden gab es in den übrigen Jahren.

Auffallend war jedoch, daß in Perioden eines Auf- oder Abschwungs im Wohnungsbau regelmäßig der Sektor Fertigteilbau größeren Schwankungen unterworfen war. Von Jahr zu Jahr errechneten sich im Fertigteilbau zweistellige positive bzw. negative Veränderungsraten, wobei die größten konjunkturell bedingten Einbußen im Jahr 1981 (-30 %) und die größten Zuwächse 1983 (+36 %) zu beobachten waren.

Weniger groß waren die Schwankungen im gesamten Wohnungsbau. Hier ergaben sich maximale Veränderungsraten von -23 % im Jahre 1982 bis zu +26 % im Folgejahr 1983. Seit 1986 sind hier keine Wachstumsraten in zweistelliger Größenordnung mehr zu verzeichnen.

Für die Hersteller vorgefertigter Wohnbauten ergaben sich, bedingt durch diese kurzfristigen Nachfrageänderungen, erhöhte Risiken. In einem Markt mit vollständiger Konkurrenz konnte der Ausbau von Fertigungskapazitäten aufgrund kurzfristiger positiver Absatzentwicklung bereits kurze Zeit später infolge überproportional rückläufigen Bestelleingangs zu Nichtauslastung vorhandener Kapazitäten und zu einer unwirtschaftlichen Bindung von Kapital führen.

Die von der Bundesregierung im vergangenen Jahr eingeleiteten wohnungsbaupolitischen Maßnahmen mit einer massiven Aufstockung der Mittel für den sozialen Wohnungsbau, und der bekannt hohe langfristige Bedarf an neuem Wohnraum dürften im kommenden Jahrzehnt auch im Fertigteilbau zu einer Verstetigung der Nachfrage führen, Investitionsrisiken abmildern und so zu einer Glättung des konjunkturellen Verlaufs im Fertigteilbau beitragen.



Individuelle Gestaltungsmöglichkeiten in Fertigteilbauweise

Die größte Zahl der im Bausektor geplanten Wohnbauten sind stark auftragsabhängige Einzelfertigungen, die die spezifischen Wünsche der einzelnen Bauherren berücksichtigen. Eine Vereinheitlichung der Fertigungsabläufe ist für die das Bauvorhaben ausführenden Unternehmungen nur in eng gesteckten Grenzen möglich.

Mit der Herstellung von Wohnbauten in Fertigteilbauweise lösten sich die Unternehmen von der Einzelfertigung und gingen auf die Serienproduktion vorfabrizierter Wohnbauten über. Zunächst waren die angebotenen Haustypen hinsichtlich der auf die Bedürfnisse des einzelnen Bauherrn zugeschnittenen Gestaltungsmöglichkeiten noch nicht sehr variabel.

Hier hat sich jedoch ein grundlegender Wandel vollzogen. Den von den verschiedenen Herstellern – allein im rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbe sind 27 Betriebe mit einem Gesamtumsatz von 357 Millionen Mark im Fertighausbau tätig – in Musterhauszentren angebotenen großzügig ausgestatteten Häusern liegt in der Regel ein hinsichtlich Grundriß, Statik und Ausstattungsqualität genormter Haustyp zugrunde. Dieser kann vom zukünftigen Eigentümer in bezug auf Grund- und Wohnfläche, Geschoßzahl, Innenausstattung, Raumaufteilung, Beheizungsart usw. ganz auf die persönliche Belange und auf den vom Bauherrn gesteckten finanziellen Rahmen abgestimmt werden.

Tendenz zum Einfamilienhaus

In den Jahren 1980 bis 1988 haben sich bemerkenswerte Veränderungen in der Gebäudestruktur von Fertighäusern ergeben. Noch im Jahre 1981 waren von 1 838 zum Bau genehmigten Gebäuden 68 % Einfamilienhäuser. Jedes dritte Wohngebäude war als Zweifamilienhaus geplant. Bis 1985 erhöhte sich die Quote der Gebäude mit einer Wohnung kontinuierlich auf 74 %, im Jahr 1988 betrug sie schon fast 90 %. Gegensätzlich verlief die Entwicklung beim Zweifamilienfertighaus. Wurden 1985 noch knapp ein Viertel der Fertigteilwohnbauten als Zweifamilienhaus geplant, so

lag der Anteil dieser Gebäudekategorie 1988 nur noch bei 10 %.

Die Gruppe der Mehrfamilienhäuser mit drei und mehr Wohnungen spielt im Bereich des Fertigteilbaus nur eine untergeordnete Rolle. Der Anteil dieser Gebäudeart an den Genehmigungen für vorgefertigte Wohnbauten lag in den Jahren 1980 bis 1988 regelmäßig in der Größenordnung um 1 %.

Der steigende Trend zur Errichtung von Einfamilienhäusern hat bewirkt, daß der quotenmäßige Genehmigungsanteil von Wohnungen in Fertigteilbauweise hinter den prozentualen Anteilen von Gebäuden in vorgefertigter Bauweise an allen Baugenehmigungen zurückblieb. Von den 12 961 genehmigten Wohnungen im Wohnbau des Jahres 1988 entfielen auf vorgefertigte Einheiten 11 % (1 458 Wohnungen), während der Gebäudeanteil mit 14 % um fast drei Prozentpunkte höher lag.

Schwerpunkte im ländlichen Bereich

Von den Baugenehmigungen im Wohnbau des Jahres 1988 entfielen 54 % auf den Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz, 34 % auf den Regierungsbezirk Koblenz und 12 % auf den Regierungsbezirk Trier.

Für vorgefertigte Gebäude ergab sich ein abweichendes Bild. Die Bezirke Koblenz und Trier blieben mit 30 % bzw. 7 % hinter den entsprechenden Anteilen an den Wohngebäudegenehmigungen insgesamt zurück. Mehr als sechs von zehn geplanten Fertighäusern sollen im bevölkerungsreichsten Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz zur Bauausführung kommen. Für die Wohnungen in Fertigteilbauweise errechnet sich ein fast identisches Ergebnis. In Rheinhessen-Pfalz sollen 64 % aller vorgefertigten Wohnungen errichtet werden. Von den im Jahr 1988 im Wohnbau insgesamt erteilten Baufreigaben entfielen fast 17 % der Gebäude und rund 23 % der Wohnungen auf die kreisfreien Städte. Im Fertigteilbau lagen die entsprechenden Werte deutlich niedriger. Nur jedes zehnte Gebäude bzw. jede zehnte Wohnung wollten die Bauherren in den kreisfreien Städten errichten. Die Fertighaushersteller finden demnach vorwiegend Käufer, die den Bau eines Wohnhauses im ländlichen Bereich planen.

Baugenehmigungen im Wohnbau in Fertigteilbauweise 1982 – 1988
– Errichtung neuer Gebäude –

Jahr	Gebäude	Veranschlagte reine Baukosten	Wohnfläche	Veränderung zum Vorjahr		
				Gebäude	Veranschlagte reine Baukosten	Wohnfläche
	Anzahl	1 000 DM	1 000 m ²	%		
1982	1 344	325 530	174,9	- 26,9	- 21,4	- 28,0
1983	1 822	448 772	235,8	35,6	37,9	34,8
1984	1 493	375 868	202,1	- 18,1	- 16,2	- 14,3
1985	1 141	299 563	158,5	- 23,6	- 20,3	- 21,6
1986	1 380	351 626	180,1	20,9	17,4	13,6
1987	1 089	286 659	141,8	- 21,1	- 18,5	- 21,3
1988	1 297	340 862	167,6	19,1	18,9	18,2
1982 – 1988	9 566	2 428 880	1 260,8	-	-	-

Mit 105 vorgefertigten Gebäuden lag der Kreis Mainz-Bingen an der Spitze. Es folgten die Landkreise Bad Dürkheim (91), Ludwigshafen (85), Kaiserslautern (83) sowie Alzey-Worms (81). Im flächenmäßig größten Regierungsbezirk Koblenz konnte diese Größenordnung annähernd nur im Landkreis Bad Kreuznach mit 71 Baugenehmigungen registriert werden.

Größere Flächen im konventionellen Wohnbau

Bei einem Vergleich der Größen- und Flächenangaben von Wohngebäuden, die in konventioneller Bauausführung bzw. in vorgefertigter Produktionsweise zur Ausführung kommen sollten, fällt auf, daß Fertigbauten durchschnittlich kleiner sind als Gebäude herkömmlicher Bauart.

Der Mittelwert der im Jahre 1988 genehmigten vorgefertigten Einfamilienhäuser lag bei einem Rauminhalt von 779 m³ umbauten Raumes je Gebäude, bei Zweifamilienhäusern waren es 953 m³. Häuser in konventioneller Bauausführung wiesen dagegen in den beiden Gebäudekategorien durchschnittlich 835 m³ bzw. 1 152 m³ umbauten Raum auf. Bei einem Vergleich der Wohnflächen ergab sich das gleiche Bild. Durchschnittlich stehen den Bauherren sowie den künftigen Mietern 123 m² bzw. 86 m² Wohnfläche je Wohnung in vorgefertigten Ein- und Zweifamilienhäusern zur Verfügung. In konventionellen Wohnbauten errechneten sich Vergleichswerte von 130 m² in Einfamilienhauswohnungen und 98 m² verfügbare Wohnfläche je Wohnung in Zweifamilienhäusern.

Die Analyse der Grundstücksflächen ergab ein abweichendes Ergebnis. Fertighäuser mit einer Wohnung sollten auf Grundstücken von durchschnittlich 683 m² Größe, Zweifamilienhäuser auf 759 m² errichtet werden. Die entsprechenden Mittelwerte im konventionellen Wohnbau lagen mit 649 m² bzw. mit 756 m² knapp darunter.

Konventionelle Mehrfamilienhäuser waren teurer

Für neue Gebäude in Fertigteilbauweise investierten die Bauherren im Jahr 1988 insgesamt 341 Mill. DM. Gegenüber dem Vorjahr (287 Mill. DM) errechnet sich ein Zuwachs von rund 19 %.

Die reinen Baukosten – Grundstücks- und Bau-nebenkosten finden keine Berücksichtigung – für Einfamilienhäuser in vorgefertigter Bauweise bezifferten sich auf 256 000 DM im Durchschnitt, für ein Zweifamilienhaus mußten 307 000 DM bereitgestellt werden, ein Mehrfamilienhaus war mit 567 000 DM zu veranschlagen. Die Baukosten für entsprechend herkömmlich zu errichtende Gebäude beliefen sich auf 269 000 bzw. 375 000 DM, für ein Mehrfamilienhaus waren sogar 805 000 DM zu finanzieren. Einschränkend muß festgestellt werden, daß die geplanten Wohngebäude in konventioneller Bauart im Schnitt größer waren als die Fertighäuser. Aussagekräftiger ist daher die Betrachtung der Kosten je Kubikmeter umbauten Raumes sowie der Quadratmeterpreis.

Anteil des Fertigteilbaus am Wohnbau
nach Gebäudearten 1980 – 1988
– Errichtung neuer Gebäude –

Jahr	Gebäude	Wohnungen	Gebäude mit ... Wohnungen		
			1	2	3 u. mehr
	%				
1980	16,8	14,7	18,4	14,9	2,4
1981	14,7	11,7	15,2	16,3	2,3
1982	13,9	9,2	15,4	14,7	0,6
1983	15,0	9,4	17,0	15,2	0,9
1984	15,2	11,7	16,7	16,7	1,0
1985	13,4	10,6	14,6	13,5	2,7
1986	15,5	12,8	16,3	16,6	2,6
1987	12,7	10,8	13,4	11,5	3,5
1988	14,0	11,2	15,4	10,2	2,1
1980 – 1988	14,8	11,4	16,0	14,9	1,8

Für ein Ein- bzw. Zweifamilienhaus in vorgefertigter Bauweise waren im Genehmigungszeitraum 328 bzw. 322 DM je Kubikmeter umbauten Raumes zu kalkulieren, bei Drei- und Mehrfamilienhäusern ging der Preis auf 300 DM zurück. Fast deckungsgleiche Ergebnisse ergaben sich bei herkömmlich zu errichtenden Gebäuden. Hier waren Einfamilienhäuser mit 323 DM je Kubikmeter zu veranschlagen, Zweifamilienhäuser waren mit 326 DM nur unwesentlich teurer. Lediglich für größere Geschößgebäude mit mehreren Wohneinheiten hatten die künftigen Eigentümer mit 330 DM einen deutlich höheren Betrag in Ansatz zu bringen.

An Baukosten je Quadratmeter Wohnfläche errechnen sich für vorgefertigte Einfamilienhäuser 2 084 DM, bei Zweifamilienhäusern 1 794 DM, bei Mehrfamilien-geschößbauten 1 416 DM. In traditionell zu errichtenden Gebäuden mit einer Wohnung lag der entsprechende Vergleichswert mit 2 070 DM je Quadratmeter Wohnfläche etwas niedriger, in Zwei- und Mehrfamilienhäusern kostete der Quadratmeter mit 1 906 DM bzw. 1 689 DM deutlich mehr.

Holz als vorwiegend verwendeter Baustoff

Die Genehmigungsstatistik für Wohnbauten in Fertigteilbauweise untergliedert die Gebäude auch nach der Art der Konstruktion. Zunächst wird eine Unterteilung in Skelettbau bzw. Massivbau getroffen, auf die 92 % bzw. 8 % aller Baugenehmigungen im Fertigteilwohnbau entfielen. Diesen Kategorien werden die einzelnen Wohngebäude nach dem der Konstruktion zugrunde liegenden verwendeten Baustoff zugeordnet.

Der Skelettbau differenziert nach den Baustoffarten Stahl, Stahlbeton, Holz und sonstige Baustoffe, im Massivbau ist die Unterteilung nach den Baustoffen Stahlbeton, Ziegel, sonstige Mauersteine und sonstiger Baustoff getroffen.

Da der Baustoff Holz für eine vorgefertigte Bauweise besonders gut geeignet ist, überrascht nicht, daß im

Baugenehmigungen im Wohnbau in den Verwaltungsbezirken 1988

– Errichtung neuer Gebäude –

Verwaltungsbezirk	Insgesamt				Fertigteilbau			
	Gebäude	Woh- nungen	Gebäude mit ... Wohnung(en)		Anteil an insgesamt			
			1	2	Gebäude	Woh- nungen	Gebäude mit ... Wohnung(en)	
							1	2
	Anzahl				%			
Kreisfreie Stadt Koblenz	141	232	106	19	2,8	1,7	3,8	-
Landkreise								
Ahrweiler	314	416	255	42	8,9	7,0	10,6	2,4
Altenkirchen (Ww.)	241	277	212	26	10,4	9,0	11,8	-
Bad Kreuznach	307	473	252	43	23,1	16,3	25,8	14,0
Bad Kreuznach, St.	63	165	47	10	19,1	7,9	23,4	10,0
Birkenfeld	171	232	145	17	12,3	16,0	13,1	-
Idar-Oberstein, St.	56	90	42	8	8,9	5,6	11,9	-
Cochem-Zell	159	180	140	18	12,6	11,7	13,6	5,6
Mayen-Koblenz	467	642	382	59	12,4	9,5	14,4	5,1
Andernach, St.	64	91	57	4	15,6	12,1	15,8	25,0
Mayen, St.	30	32	28	2	13,3	15,6	10,7	50,0
Neuwied	323	407	274	39	13,0	11,8	13,1	15,4
Neuwied, St.	125	175	103	14	5,6	4,6	5,8	7,1
Rhein-Hunsrück-Kreis	213	256	177	31	13,2	11,7	14,7	6,5
Rhein-Lahn-Kreis	333	400	287	37	12,6	10,8	14,3	2,7
Lahnstein, St.	65	78	54	10	4,6	3,9	5,6	-
Westerwaldkreis	463	546	397	57	10,6	9,7	11,3	7,0
RB Koblenz	3 132	4 061	2 627	388	12,4	10,5	13,8	6,2
Kreisfreie Stadt Trier	133	368	83	14	0,8	0,3	1,2	-
Landkreise								
Bernkastel-Wittlich	277	322	242	28	5,4	5,0	5,8	3,6
Bitburg-Prüm	328	426	273	44	7,0	6,3	7,0	9,1
Daun	140	154	126	14	14,3	15,6	12,7	28,6
Trier-Saarburg	223	254	199	21	13,0	12,2	13,6	9,5
RB Trier	1 101	1 524	923	121	8,0	6,5	8,3	9,1
Kreisfreie Städte								
Frankenthal (Pfalz)	81	94	71	8	16,1	17,0	14,1	37,5
Kaiserslautern	91	399	65	9	19,8	5,0	24,6	22,2
Landau i. d. Pfalz	84	109	73	8	3,6	3,7	2,7	12,5
Ludwigshafen a. Rhein	284	487	249	17	4,6	3,1	4,4	11,8
Mainz	263	560	190	40	2,3	1,4	2,1	5,0
Neustadt a. d. Weinstr.	144	197	126	12	15,3	11,7	16,7	8,3
Pirmasens	41	52	35	4	29,3	23,1	34,3	-
Speyer	69	83	62	5	17,4	16,9	16,1	40,0
Worms	140	243	123	7	7,9	5,4	8,1	-
Zweibrücken	69	104	51	15	23,2	17,3	27,5	13,3
Landkreise								
Alzey-Worms	352	451	293	44	23,0	20,8	23,9	20,5
Bad Dürkheim	393	521	327	45	23,2	18,8	25,7	15,6
Donnersbergkreis	161	218	120	34	21,1	18,4	23,3	17,7
Germersheim	372	505	305	49	15,6	12,9	16,7	14,3
Kaiserslautern	412	566	284	114	20,2	18,7	22,2	14,9
Kusel	174	209	144	29	19,0	17,7	20,1	13,8
Südliche Weinstraße	342	435	294	38	17,8	15,6	18,4	18,4
Ludwigshafen	535	657	458	62	15,9	14,6	17,0	9,7
Mainz-Bingen	726	1 156	511	153	14,5	10,0	18,6	6,5
Bingen, St.	69	153	44	17	5,8	2,6	9,1	-
Ingelheim am Rhein, St.	44	86	27	6	6,8	4,7	7,4	16,7
Pirmasens	270	330	219	48	23,7	20,9	26,9	10,4
RB Rheinhessen-Pfalz	5 003	7 376	4 000	741	16,4	12,6	18,0	12,6
Rheinland-Pfalz	9 236	12 961	7 550	1 250	14,0	11,2	15,4	10,2

Jahre 1988 von 1 197 genehmigten vorproduzierten Wohngebäuden in Skelettbauweise 1 100 Gebäude (92 %) als Holzkonstruktion zur Ausführung kommen sollten. Stahlbetonkonstruktionen erreichten einen Anteil von 7 %. Von den 100 Wohnhäusern, die in Massivbauweise erstellt werden sollten, waren 60 % als Stahlbetonbauten geplant, 31 % waren Steinbauten.

Der Anteil der Holzkonstruktion an allen Fertighäusern erreichte 1988 annähernd 85 %, die Bauherreninvestitionen für Holzhäuser lagen, gemessen an den gesamten Baukosten, im Fertigteilbau mit 291 Mill. DM in der gleichen Größenordnung.

Diplom Betriebswirt (FH) Arthur Hesseler

Wandel im Verbraucherverhalten und Entwicklung ausgewählter Verbraucherpreise 1950 bis 1989

Wenn die monatlich neu ermittelten Steigerungsraten der Preisindizes für die Lebenshaltung mitunter angezweifelt werden, wird meist außer Acht gelassen, daß Preiserhöhungen einzelner Produkte allein noch keinen Aufschluß darüber geben, wie sich die Gesamtlebenshaltung entwickelt hat. Da das Kilo Rindfleisch oder der Anzug nur einen minimalen Anteil an den gesamten Ausgaben des Haushalts haben, können diese auch nur zu einem geringen Bruchteil in die Berechnung der Preisindizes eingehen. Spezielle Erhebungen sind notwendig, um diese Zusammenhänge genau quantifizieren zu können.

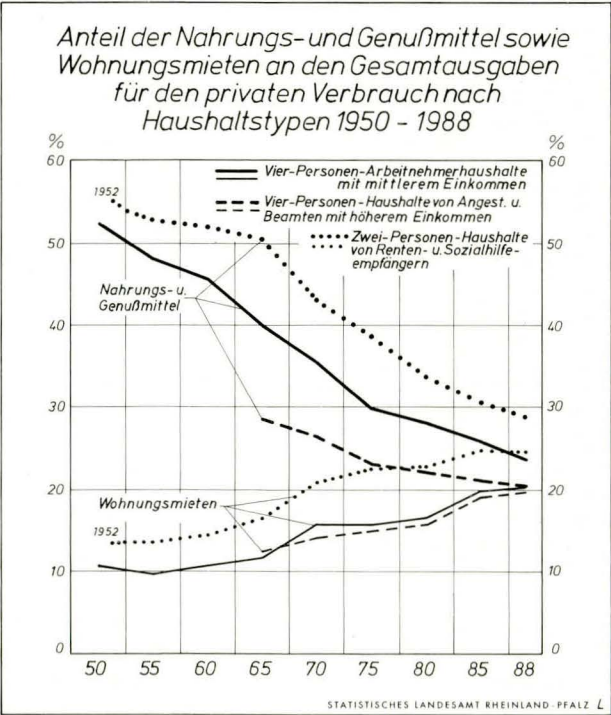
strukturen der verschiedenen Haushaltstypen sowie deren Veränderung.

Monatliche Preiserhebung in elf rheinland-pfälzischen Berichtsgemeinden

Um die Preisentwicklung exakt berechnen zu können, ist es erforderlich, alle Waren und Leistungen, die als Preisrepräsentanten den sogenannten Warenkorb ausfüllen, zu beobachten. Dies leistet die Verbraucherpreisstatistik. Neben dieser primären Aufgabe gibt sie auch einen Überblick über die langfristige Entwicklung der absoluten Preise einzelner Produkte und Dienstleistungen auf Landesebene. Einschränkend muß dazu bemerkt werden, daß diese Landesdurchschnittspreise nur als grobe Anhaltspunkte für das absolute Preisniveau der betreffenden Ware oder Leistung angesehen werden können, da die Statistik der Verbraucherpreise vor allem auf den Nachweis von Preisveränderungen ausgerichtet ist. Genaue Angaben über das absolute Preisniveau würden einen größeren Stichprobenumfang

In der amtlichen Statistik sind es insbesondere zwei Erhebungen, durch die Aussagen über Einnahmen und vor allem über die Ausgaben privater Haushalte gewonnen werden. Dabei handelt es sich um die alle fünf Jahre stattfindende Einkommens- und Verbrauchsstichprobe und die Statistik der laufenden Wirtschaftsrechnungen. Beide Erhebungen werden auf freiwilliger Basis durchgeführt. Im Rahmen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe zeichnen im Bundesgebiet rund 50 000 Haushalte aller sozialen Schichten sowie aller Haushaltsgößen ihre Einnahmen und Ausgaben ein Jahr lang auf.

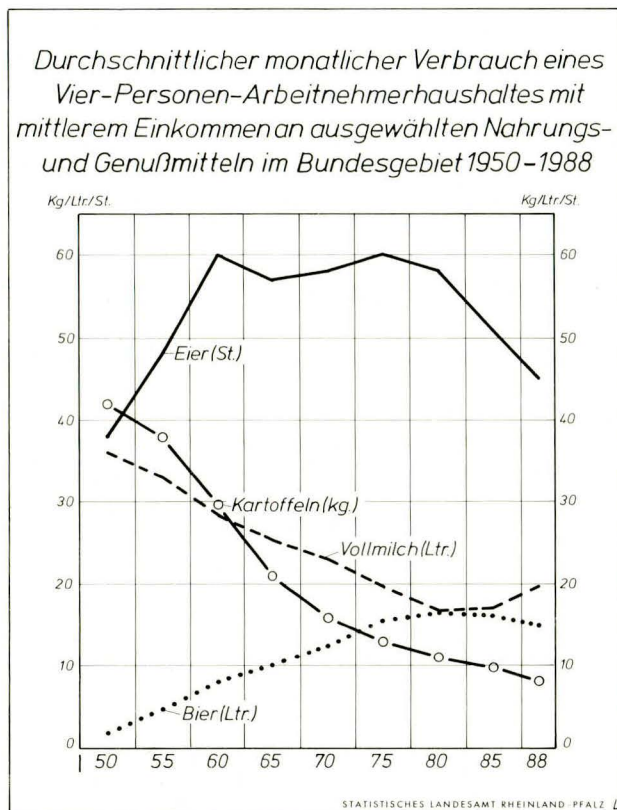
Für die Statistik der laufenden Wirtschaftsrechnungen tragen rund 1 000 gezielt ausgewählte Haushalte kontinuierlich alle ihre Einnahmen und Ausgaben detailliert in Haushaltsbücher ein. Es handelt sich dabei um Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen (1989 monatliches Bruttoeinkommen zwischen 3 000 und 4 500 DM), Vier-Personen-Haushalte von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen (5 350 bis 7 200 DM), sowie um Zwei-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern (1 350 bis 19 50 DM). Damit kann für einen bedeutenden Teil der Gesamtbevölkerung ein umfassendes Bild über die Einnahmen und Ausgaben für den privaten Verbrauch in sehr tiefer Gliederung nachgewiesen werden. Die Statistik der laufenden Wirtschaftsrechnungen sowie die Einkommens- und Verbrauchsstichproben sind nicht nur Grundlage für die Bestimmung der entsprechenden Wägungsschemata der Preisindizes für die Lebenshaltung, sondern sie erlauben auch die Ableitung anderer sozialpolitisch wichtiger Aussagen. Darüber hinaus ermöglichen sie auf Bundesebene einen Überblick über quantitative Änderungen im Verbrauch einzelner Produkte und einen Vergleich der Ausgaben-



erfordern, d.h. es müßte eine noch viel größere Anzahl von Einzelpreisen in mehr als nur 11 Berichtsgemeinden in Rheinland-Pfalz erhoben werden. Da die Nahrungs- und Genußmittel am Haushaltsbudget immer noch einen großen Anteil haben, wird im folgenden die Verbrauchs- und Preisentwicklung wichtiger Nahrungs- und Genußmittel aufgezeigt.

Ein Fünftel des Budgets für die Wohnung

Im Jahre 1950 machten bei einem Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalt mit mittlerem Einkommen die Ausgaben für Nahrungs- und Genußmittel deutlich mehr als die Hälfte seiner Gesamtausgaben aus. Bis heute verminderte sich diese Quote stetig. Entfielen 1965 noch zwei Fünftel der Ausgaben auf diesen Bereich, so waren es 1980 nur noch 28 % und 1988 gerade noch 23 %. Auch für Bekleidung und Schuhe wurde prozentual immer weniger ausgegeben. Von fast einem Siebtel in den 50er Jahren sank der Anteil bis heute auf rund ein Zwölftel. Dagegen war den Haushalten ein schönes Zuhause immer mehr wert. Benötigten 1950 und 1960 die Haushalte noch ein Zehntel ihres Budgets für Wohnungsmieten, so war es 1970 fast ein Sechstel und heute ist es bereits ein Fünftel. Die erhöhte Mobilität sowie das gesteigerte Kommunikationsbedürfnis schlagen sich deutlich in der Entwicklung der Untergruppe Verkehr und Nachrichtenübermittlung nieder. Von allen Bereichen ist hier der stärkste Zuwachs zu verzeichnen. Von einem Anteil an den Gesamtausgaben von 2 % stieg die Quote auf mehr als das Achtfache im Jahre 1988. Für Elektrizität, Gas, Brennstoffe u.ä. ergeben sich mit Ausnahme der Mitte der 80er Jahre, in den besonders hohe Gas- und Heizölpreise zu beobachten waren, keine nennenswerte Verschiebungen.



Je höher das Einkommen, desto kleiner der Anteil für Nahrungsmittel

Mit steigendem Wohlstand wird der Anteil der Ausgaben für Nahrungs- und Genußmittel immer geringer. Diese Aussage bestätigt sich auch bei der Betrachtung der Ausgabenstruktur der Vier-Personen-Haushalte von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen. Gaben diese Haushalte 1965 noch weniger als 30 % ihrer Ausgaben für Nahrungs- und Genußmittel aus (mittlere Gruppe: vier Zehntel), so war es 1988 nur noch ein Fünftel. Auf Wohnungsmieten entfielen bei den Besserverdienenden Mitte der 60er Jahre ein Achtel ihrer Ausgaben, heute sind es 19,5 %. Der Anteil der Ausgaben für Verkehr und Nachrichtenübermittlung betrug 1965 wie 1988 rund ein Sechstel des Gesamtbudgets. Deutlich mehr als die mittleren Einkommensbezieher wendeten die Haushalte mit höherem Einkommen für die Körper- und Gesundheitspflege auf (6 %).

Bei den Rentnerhaushalten entfielen 1988 noch fast drei Zehntel der Ausgaben auf Nahrungs- und Genußmittel. 1952 waren es 55 %. Diese Gruppe wendete 1988 mit einem Viertel ihres Budgets auch deutlich mehr für das Heim auf als die beiden Vergleichshaushalte, wogegen sie für Verkehr und Nachrichtenübermittlung mit einem Neuntel merklich weniger als die anderen ausgaben. Ebenso liegt bei den Rentnern der Anteil der Ausgaben für Bildung und Unterhaltung weit unter dem der Vier-Personen-Haushalte.

Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen verbrauchten 1988 3,4 kg Schweinefleisch im Monat

Der monatliche Verbrauch von Rindfleisch eines Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalts mit mittlerem Einkommen lag 1950 bei 1,2 Kilo. Im Jahre 1975 wurden 1,6 kg und 1988 nur noch 1,1 kg gekauft. An Schweinefleisch wurden Anfang der 50er Jahre nur 1,1 kg verzehrt, 1986 waren es 3,8 kg und 1988 noch 3,4 kg, also mehr als dreimal soviel wie das teurere Rindfleisch. Der geringere Verzehr hausbackener Kuchen zeigt sich am starken Rückgang des Verbrauchs an Weizenmehl. Wurden 1950 noch 5,7 kg Mehl benötigt, so waren es im letzten Jahr nur noch eineinhalb Kilo. Besonders stark verminderte sich der Kartoffelverbrauch. Fünf Jahre nach Kriegsende wurden rund 42 Kilo Kartoffeln im Monat von der mittleren Verbrauchergruppe konsumiert. Im Jahre 1988 war es nur noch ein Fünftel davon. Im gleichen Zeitraum ging der Zuckerverbrauch um ein Drittel zurück. Der Milchverzehr (1950: 36 Liter) ist bis zum Jahre 1980 auf 16,7 Liter gesunken. Danach stieg er jedoch wieder an und belief sich 1988 auf fast 20 Liter. Mit 4,2 kg war 1955 der Margarineverbrauch am höchsten, in den 80er Jahren betrug er dagegen nur noch etwa 2 kg. Auch der Verzehr von Butter ging deutlich zurück. Mit nicht ganz 2 kg war er zwischen 1960 und 1970 besonders hoch, heute sind es noch 1,2 kg im Monat.

Mehr Bier, weniger Wein

Von der mittleren Verbrauchergruppe werden heute mehr Eier gegessen (45 Stück im Monat) als vor vier

**Monatlicher Verbrauch ausgewählter Nahrungs- und Genußmittel im Bundesgebiet
1950 – 1988**

Nahrungsmittel	Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen									Vier-Personen-Haushalte von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen						Zwei-Personen-Haushalte von Renten- u. Sozialhilfeempfängern					
	1950 ¹⁾	1955 ¹⁾	1960 ¹⁾	1965	1970	1975	1980	1985	1988	1965	1970	1975	1980	1985	1988	1965	1970	1975	1980	1985	1988
Getränke																					
Tabakwaren	kg ²⁾																				
Rindfleisch	1,2	1,3	1,3	1,3	1,5	1,6	1,5	1,3	1,1	1,4	1,6	1,5	1,5	1,5	1,3	1,0	1,1	1,2	1,2	1,2	1,3
Schweinefleisch	1,1	1,4	1,5	1,8	2,3	2,9	3,6	3,7	3,4	1,6	2,0	2,6	3,1	3,1	2,7	1,2	1,4	1,7	1,8	2,0	2,1
Vollmilch	36,0	32,9	28,2	25,1	22,9	19,6	16,7	16,8	19,6	26,8	23,2	21,1	18,6	19,7	20,3	9,0	9,1	8,9	7,3	7,6	8,3
Eier (Stück)	38	48	60	57	58	60	58	51	45	65	68	68	62	53	48	35	39	43	42	37	35
Butter	1,4	1,3	1,9	1,9	1,9	1,5	1,5	1,3	1,2	2,7	2,4	1,9	1,9	2,0	1,9	1,3	1,3	1,2	1,3	1,3	1,2
Margarine	2,4	4,2	3,8	3,2	2,6	2,3	2,2	2,0	1,8	2,3	2,1	2,0	1,9	1,6	1,4	1,4	1,1	1,2	1,3	1,2	1,2
Kartoffeln	41,7	37,8	29,4	20,9	15,8	12,9	11,0	9,6	8,0	18,0	14,7	11,4	9,9	8,7	8,0	13,8	11,9	9,8	10,1	9,3	8,5
Zucker	5,6	5,1	5,4	4,6	3,8	3,0	2,8	2,4	1,9	4,5	3,9	3,1	2,9	2,4	2,0	2,9	2,8	2,4	2,1	1,8	1,7
Weizenmehl	5,7	4,1	3,5	2,6	1,8	1,8	1,9	1,8	1,5	2,3	1,7	1,8	2,1	2,0	1,6	1,7	1,6	1,5	1,4	1,3	1,2
Reis	0,5	0,5	0,4	0,5	0,4	0,4	0,4	0,5	0,5	0,7	0,5	0,5	0,6	0,6	0,6	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Teigwaren	1,4	1,0	0,9	0,9	0,9	0,9	1,0	1,1	1,2	0,8	0,8	0,8	1,0	1,1	1,2	0,5	0,4	0,5	0,5	0,4	0,5
Bohnenkaffee	0,1	0,3	0,5	0,7	0,6	0,8	1,1	1,1	1,1	0,8	0,8	0,9	1,1	1,2	1,2	0,6	0,6	0,8	0,9	0,9	1,0
Bier (Liter)	1,7	4,5	7,9	9,9	12,2	15,2	16,4	16,0	14,9	9,4	11,3	13,8	12,8	14,3	15,2	4,5	5,5	7,5	7,1	8,3	8,5
Wein, Most, Sekt (Liter)	1,1	2,1	1,3	2,0	2,1	3,2	3,9	3,5	3,4	3,9	3,7	5,4	6,1	5,4	5,8	1,4	1,6	1,8	2,3	2,5	2,6
Zigarren (Stück)	-	7	8	6	3	4	3	-	0	6	6	5	2	-	0	11	14	12	5	-	3
Zigaretten (Stück)	-	77	114	153	157	156	138	150	119	180	158	113	114	102	87	36	72	66	69	79	63

1) Eingeschränkte Aussagekraft wegen anderer Erhebungsgrundlagen. – 2) Mengeneinheit ist 1 kg, sofern in der Vorspalte nicht eine andere Mengeneinheit angegeben ist.

Jahrzehnten (38). Allerdings war zwischenzeitlich der Verbrauch deutlich höher. So wurden in den Jahren 1960 bis 1980 monatlich im Durchschnitt rund fünf Dutzend Eier konsumiert. Nur für besondere Anlässe reichten die 100 g Bohnenkaffee, die 1950 die mittlere Gruppe im Monat zur Verfügung hatte. Seit 1980 verbrauchen diese Haushalte bereits das Elfache. 3,4 Liter Wein und Sekt wurden 1988 getrunken, mehr als das Dreifache gegenüber 1950. Beachtlich ist der Anstieg des Bierverbrauchs. Wurden vor fast vierzig Jahren 1,7 Liter Bier im Monat getrunken, so sind es heute fast 15 Liter. Im Jahre 1986 waren es sogar 16,6 Liter. Während 1980 der Bierkonsum fast gleich dem Milchverbrauch war, so ist heute wieder eine Differenz von fast 5 Litern zugunsten der Milch zu erkennen. Wurde bis 1980 schon mal nach einer Zigarre gegriffen, 1960 gar achtmal im Monat, so wird seit 1985 der Zigarrenschneider so gut wie nicht mehr benötigt. Der Verbrauch von Zigaretten stieg seit 1950 kontinuierlich an und belief sich im Jahre 1970 auf 157 Stück. Nicht zuletzt verursacht durch Hinweise auf gesundheitliche Gefahren ging er bis 1980 auf 138 und 1988 auf 119 Stück zurück.

Der Verbrauch einzelner Nahrungs- und Genußmittel in einem Vier-Personen-Haushalt von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen zeigt gegenüber der mittleren Verbrauchergruppe zum Teil markante Unterschiede auf. Da Daten für diesen Haushaltstyp erst ab 1965 vorliegen, ist ein weiter zurückreichender Vergleich nicht möglich. 1965 rauchten die Besserverdienenden monatlich 180 Zigaretten. Doch schon fünf Jahre später kauften sie nicht mehr Zigaretten als die Vergleichshaushalte. In den darauffolgenden fünf Jahren schränkten Haushalte mit höherem Einkommen

ihren Zigarettenkonsum um 45 auf dann 113 und 1988 auf 87 Stück ein. Die Angestellten und Beamten in der höheren Einkommensklasse tranken 1988 monatlich immerhin 5,8 Liter Wein, Most oder Sekt. Die Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen begnügten sich mit 3,4 Litern. Milchliebhaber waren schon immer mehr bei den Besserverdienenden zu finden, obwohl zuletzt die Differenz nur noch 0,7 Liter betrug. Auch kommen bei ihnen mehr Eier auf den Tisch. Ebenso wird bei den Haushalten mit höherem Einkommen mehr Rindfleisch gegessen, jedoch deutlich weniger Schweinefleisch.

Zwei-Personen-Haushalte verbrauchen mehr Kartoffeln

Ältere Menschen ändern ihre Ernährungsgewohnheiten nicht so stark wie jüngere. In Zwei-Personen-Haushalten von Renten- und Sozialhilfeempfängern wurde 1988 monatlich ein Pfund mehr Kartoffeln als in Vier-Personen-Haushalten verbraucht. Mit achteinhalb Liter Bier im Monat übertrafen die Rentnerhaushalte sogar die von ihnen benötigte Menge an Milch. Mit monatlich drei Zigarren im Jahre 1988 ging der Verbrauch auch bei dieser Gruppe drastisch zurück (1970 = 14 Stück). Der Zigarettenkonsum lag 1988 bei 63 Stück im Monat.

Bohnenkaffee, Hähnchen und Schokolade billiger als 1950

Die Verbraucherpreise wichtiger Lebensmittel zeigen in Rheinland-Pfalz eine recht differenzierte Entwicklung auf. Bei der Betrachtung dieser langfristigen Preisent-

Verbraucherpreise ausgewählter Nahrungs- und Genußmittel 1950 – 1989

Erzeugnis	Mengen- einheit	1950	1960	1970	1980	1988	1989
		DM					
Tierische Nahrungsmittel							
Eier	10 Stück	2,20	2,19	1,99	2,60	2,54	2,62
Butter	250 g	1,38	1,66	1,90	2,38	2,14	2,18
Vollmilch	1 l	0,36	0,44	0,75	1,15	1,20	1,26
Käse (Edamer, Gouda)	1 kg	3,63	5,23	6,77	11,37	12,31	12,87
Fleisch und Fleischwaren							
Rindfleisch zum Kochen	1 kg	3,41	5,72	6,77	10,39	11,74	12,02
Schweinekoteletts	1 kg	4,51	6,74	8,43	11,42	11,26	11,75
Schweinebauchfleisch	1 kg	4,09	4,36	4,88	7,32	8,10	8,40
Jagdwurst	1 kg	4,65	6,14	8,43	14,00	16,32	16,93
Streichmettwurst	1 kg	5,09	5,96	7,23	11,97	.	.
Gekochter Schinken	1 kg	7,21	10,12	14,33	20,74	23,45	23,95
Brathähnchen	1 kg	5,18	5,70	3,75	4,84	4,65	4,56
Fische							
Kabeljau	1 kg	1,18	2,65	4,95	9,85	16,06	16,63
Rotbarsch	1 kg	.	3,80	6,53	12,23	21,14	22,72
Pflanzliche Nahrungsmittel							
Brot und Backwaren							
Roggenbrot	1 kg	0,45	0,82	1,34	2,61	3,10	3,20
Helles Mischbrot	1 kg	0,52	0,85	1,38	2,59	3,06	3,14
Weißbrot	500 g	0,31	0,51	0,83	1,58	1,96	2,01
Brötchen	1 kg	0,82	1,61	2,31	4,45	5,90	6,10
Weizenmehl	1 kg	0,62	0,96	1,01	1,36	1,18	1,19
Pflanzenöl	1 l	2,66	1,85	1,70	3,58	3,13	3,45
Margarine	250 g	0,61	0,55	0,82	1,17	0,82	0,83
Zucker	1 kg	1,21	1,24	1,14	1,80	1,91	1,90
Schokolade	100 g	1,30	1,30	0,96	1,26	1,23	1,18
Obst und Gemüse							
Tafeläpfel	1 kg	0,92	1,31	1,07	2,58	2,87	2,96
Zitronen	1 kg	1,76	1,55	1,77	2,91	2,79	2,90
Apfelsinen	1 kg	1,72	1,45	1,40	2,34	2,73	2,87
Kartoffeln	2,5 kg	0,38	0,70	1,18	1,85	2,30	2,56
Weißkohl	1 kg	0,36	0,58	0,79	1,12	1,43	1,23
Wirsingkohl	1 kg	0,38	0,74	0,90	1,43	1,74	1,67
Rotkohl	1 kg	0,37	0,78	0,88	1,14	.	.
Blumenkohl	1 kg	0,76	1,18	1,31	2,35	2,47	2,38
Möhren	1 kg	0,41	0,91	0,92	1,56	1,66	1,68
Kopfsalat	1 kg	1,08	1,50	2,03	3,16	3,81	3,83
Zwiebeln	1 kg	0,55	0,67	1,23	1,71	1,64	1,75
Tomaten	1 kg	1,18	1,93	2,29	4,07	3,99	3,98
Genußmittel							
Weißwein	0,7 l	.	1,58	2,29	3,64	3,89	3,82
Flaschenbier	0,5 l	.	0,62	0,64	0,84	0,91	0,92
Bohnenkaffee	500 g	14,60	8,95	7,38	11,66	8,15	8,40
Zigaretten	20 Stück	2,50	2,00	1,80	2,85	.	.

wicklung ist auch die Veränderung des Preisindex für die Lebenshaltung zu beachten. So stieg der Index für einen Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalt mit mittlerem Einkommen von 39,8 im Jahresdurchschnitt 1950 um 215 % auf 125,5 für 1989, also auf das 3,2fache. Auf das 14fache stieg im gleichen Zeitraum der Preis für ein Kilo frischen Kabeljau von 1,18 DM auf 16,63 DM. Für Brote und Brötchen erhöhten sich die Preise bis auf das Siebenfache. Fünf Jahre nach Kriegsende kostete ein Kilo Roggenbrot 45 Pfennig, vier Jahrzehnte später 3,20 DM. Für ein Kilo Brötchen wurden damals 82 Pfennig bezahlt, heute sind es 6,10 DM. Deutlich stärker als der Preisindex stiegen die Preise für Kartoffeln, Wirsingkohl, Möhren, Kopfsalat, Weißkohl, Tomaten aber auch für Jagdwurst, Gouda und Edamer, Vollmilch sowie Rindfleisch zum Kochen. Merkwürdiger als der Preisindex für die

Lebenshaltung stiegen die Preise für Weizenmehl, Pflanzenöl, Margarine, Zucker, Zitronen, Apfelsinen, Butter und Eier.

Billiger als 1950 war 1989 der Bohnenkaffee. Während nach dem Krieg für ein Pfund 14,60 DM bezahlt werden mußten, waren es im letzten Jahr nur noch 8,40 DM (– 42 %). Auch Brathähnchen sind heute rund ein Achtel billiger als 1950. Für Schokolade errechnet sich ein Preisrückgang von einem Elftel.

Lohnanstieg übertrifft Teuerungsrate der Verbraucherpreise um ein Mehrfaches

Interessante Ergebnisse zeigt der Vergleich der Entwicklung der Verbraucherpreise und der Löhne, wobei

eine Veränderung der Nettolohnquote unberücksichtigt bleibt. So stieg etwa der Preisindex für die Lebenshaltung eines Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalts mit mittlerem Einkommen von 1960 bis 1988 um 154 %. Der durchschnittliche Bruttostundenverdienst eines Vollgesellen in ausgewählten Handwerksberufen erhöhte sich im gleichen Zeitraum von 2,50 auf 16,90 DM, also um 573 %. Daraus resultiert ein deutlicher Kaufkraftgewinn.

Der Bruttostundenlohn eines Bäcker-Vollgesellen stieg von 1960 bis 1988 um 526 %, der des Fleischerge-sellen um 512 %. Ganz erheblich geringer war der Anstieg der Verbraucherpreise im gleichen Zeitraum. Während Roggenbrot, Mischbrot, Weißbrot und Brötchen sich auf das 3,6 bis 3,8fache verteuerten, errechnen sich für Fleisch und Fleischwaren deutlich geringere Steigerungsraten. So stieg der Preis für Rindfleisch zum Kochen nur auf gut das Doppelte an. Die Schweine-koteletts wurden 1988 nur 67 % teurer angeboten als 28 Jahre zuvor, für Schweinebauchfleisch belief sich der Preisanstieg auf 86 %. Etwas stärker zogen die Verbraucherpreise für Jagdwurst (+ 166 %) und gekochten Schinken (+ 132 %) an.

Für einen Bruttostundenlohn 66 Eier

Ein Vollgeselle im Handwerk konnte sich 1960 von seinem Bruttostundenlohn 11 Eier kaufen. Zehn Jahre später bekam er für eine Stunde Arbeit bereits 30 Eier,

1980 schon 51 und heute 66 Stück. Auch die Schokola-denliebhaber kamen auf ihre Kosten. Mußten sie sich damals mit noch nicht einmal zwei Tafeln begnügen, so erhielten sie 1988 nahezu 14 Tafeln für sechzig Minuten Arbeit. An Brot und Brötchen konnte im letzten Jahr fast das Doppelte nach Hause getragen werden. Einem Stundenertrag von 2,6 kg Weizenmehl im Jahre 1960 stand einer von 14,3 kg im Jahre 1988 gegenüber. Bei Pflanzenöl war das Verhältnis 1,4 zu 5,4 Liter und bei der Margarine 1,1 zu 5,2 kg. An Zucker kann heute mehr als das Vierfache gekauft werden. Bei Butter stehen den nicht mal 400 g von damals rund 2 kg im Jahre 1988 gegenüber.

Für den Bruttostundenlohn eines Vollgesellen gab es im Jahre 1960 erst 5,7 Liter Milch, 1988 hingegen 14,1 Liter. An Rindfleisch zum Kochen erhält heute der Geselle das Dreifache, an Schweinekoteletts das Vier-fache. Gebratene Hähnchen konnten 1988 achtmal mehr aufgetischt werden als damals. Für Kaffee und Bier brauchte 1988 auch längst nicht mehr so lange gearbei-tet zu werden wie 1960. Bekam damals ein Vollgeselle für eine Stunde Arbeit gerade 140 g Bohnenkaffee, so ist es jetzt mehr als ein Kilo. Beim Bier stehen den seiner-zeit 2 Litern heutzutage 9,3 Liter gegenüber. Keinen erwähnenswerten Gewinn konnte der Vollgeselle beim frischen Fisch erzielen. Hierfür muß er nahezu genau so lange arbeiten wie ehemals.

Diplom-Betriebswirt (FH) Ewald Braun

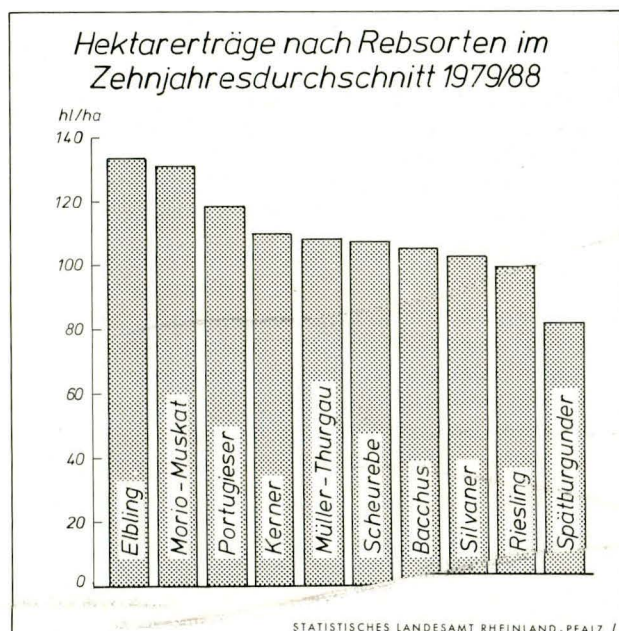
Entwicklung der Hektarerträge im Weinbau

Die Höhe des Ertrags ist im Weinbau eine der wichti-gsten Bestimmungsgründe für die Rentabilität. Folglich war die Ertragssteigerung und -sicherung bis in die 80er Jahre das wichtigste Ziel der weinbaulichen Forschung. Gesättigte Märkte führten dazu, daß in jüngster Vergan-genheit die Qualitätserzeugung und Belange des Umweltschutzes gegenüber der Mengenproduktion immer mehr an Bedeutung gewonnen haben. Diese Ent-wicklung, die durch die Bedürfnisse der Verbraucher, die in einem marktwirtschaftlich ausgerichteten Wirt-schaftssystem die Ausrichtung der Produktion steuern, eingeleitet wurde, erhielt durch die Einführung der Hektarhöchstertragsregelung zur Ernte 1989 eine zusätzliche Antriebskraft. Vor diesem Hintergrund sollen die Ergebnisse der jährlichen Statistiken über die Weinmosternte dargestellt werden. Im Gegensatz zur üblichen Vorgehensweise in der Erntestatistik wird wegen der sehr starken Ertragsschwankungen im Weinbau, die gerade im zu Ende gegangenen Jahrzehnt besonders deutlich auftraten, nicht von sechs sondern von zehnjährigen Durchschnitten ausgegangen. Die Weinmosternte des Jahrgangs 1989 soll in den folgen-den Ausführungen zunächst unberücksichtigt bleiben, da die speziellen Auswirkungen der Angebotskontin-gentierung erst interpretiert werden können, wenn entsprechendes statistisches Datenmaterial über mehrere Jahre vorliegt.

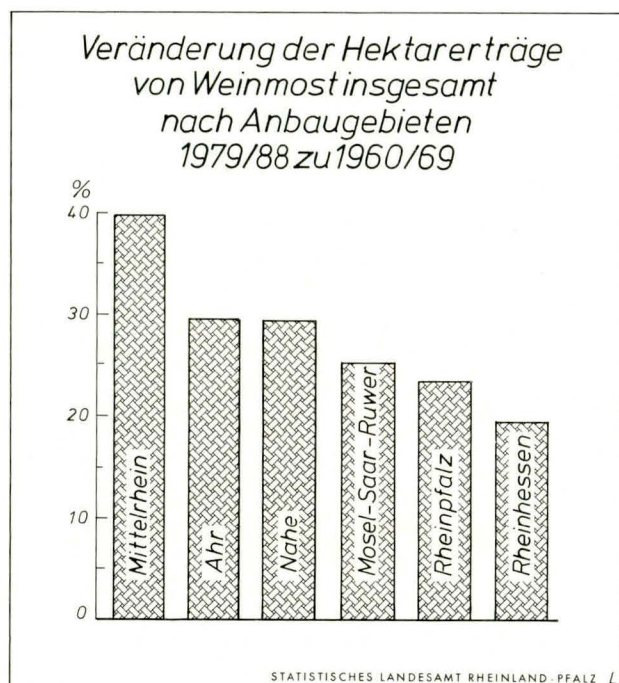
Große Ertragsunterschiede zwischen den Anbaubereichen

Die Rheinpfalz ist mit deutlichem Abstand das ertragsreichste Anbaubereich in Rheinland-Pfalz. Im





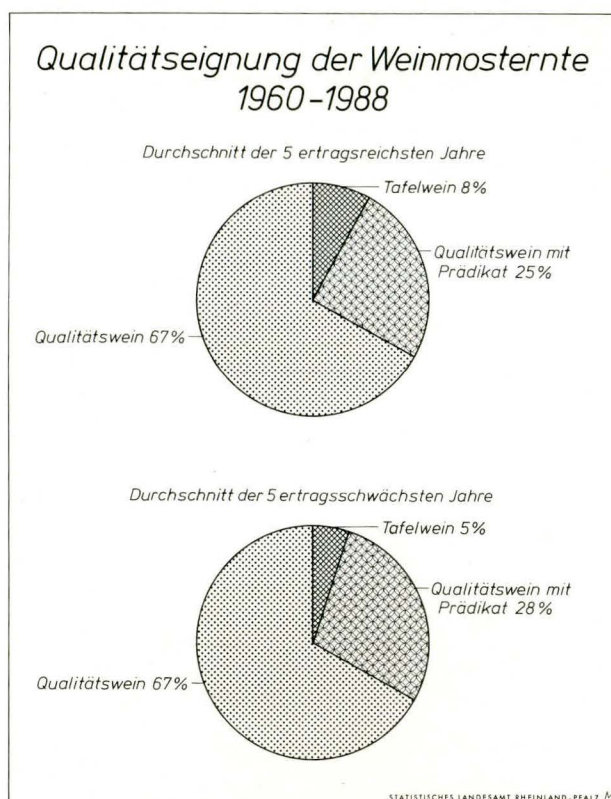
zehnjährigen Durchschnitt 1979/88 wurden hier 117 hl Weinmost je ha Ertragsreblfläche geerntet. Der Landesdurchschnitt, der bei 105 hl/ha liegt, wurde somit um 11 % übertroffen. Dies ist zum einen auf die große Verbreitung der ergiebigsten Rebsorten Müller-Thurgau, Kerner, Portugieser und Morio-Muskat, zum anderen auf die klimatisch und geologisch bevorzugte Lage – insbesondere des Bereichs Südliche Weinstraße – zurückzuführen. Auch das Anbaugebiet Mosel-Saar-Ruwer lag mit 112 hl/ha noch 6,5 % über dem Landesdurchschnitt. Ein Grund für die hohen Hektarerträge in diesem Anbaugebiet ist darin zu sehen, daß die reale Weinbergsfläche an den Hängen wesentlich größer ist als die Katasterfläche, auf die die Erntemengen bezogen werden. Darüber hinaus besitzt die sehr fruchtbare Rebsorte Elbling an der Obermosel einen beachtlichen Anbauumfang.



Das Anbaugebiet Rheinhessen, das im allgemeinen ebenfalls als relativ ertragreich gilt, blieb mit 95 hl/ha deutlich hinter dem Landesdurchschnitt (-9,5 %) zurück. Im zehnjährigen Mittel wurden in Rheinhessen 22 hl je ha weniger geerntet als im Anbaugebiet Rheinpfalz. In den drei relativ kleinen rheinland-pfälzischen Anbaugebieten lagen die Hektarerträge mit 86 hl (-18 %) an der Nahe, mit 81 hl (-23 %) am Mittelrhein und mit 77 hl (-27 %) an der Ahr im zehnjährigen Mittel deutlich unter dem Landesdurchschnitt.

Elbling und Morio-Muskat ertragsmäßige Spitzenreiter

Auch zwischen den einzelnen Rebsorten können erhebliche Unterschiede in der Ertragshöhe festgestellt werden. Im zehnjährigen Durchschnitt war die Rebsorte Elbling damit weitaus in erster Linie zur Sektherstellung dienen, mit 134 hl (+27 %) dicht gefolgt vom Morio-



Muskat mit 131 (+25 %) die ergiebigste Rebsorte in Rheinland-Pfalz. Danach rangierte mit etwas größerem Abstand und einem durchschnittlichen Hektarertrag von 118 hl (+12 %) der vor allem in der Rheinpfalz weit verbreitete Portugieser. Der Müller-Thurgau, weithin immer noch als Massenträger charakterisiert, lag demgegenüber mit 108 hl/ha lediglich um 2,7 % über dem Mittel aller Rebsorten und wurde noch von der Neuzüchtung Kerner mit 110 hl/ha (+4,5 %) auf Platz 5 verdrängt. Leicht überdurchschnittliche Erträge brachte weiterhin die Scheurebe mit 107 hl/ha (+2,1 %). Die Sorte Bacchus entsprach mit 105 hl/ha (-0,1 %) etwa dem Durchschnitt. Der Silvaner bewegte sich mit 103 hl/ha (-2,5 %) etwas darunter. Relativ schlecht schnitt der Spätburgunder mit 82 hl/ha (-22 %) ab. Der im allgemeinen als wenig ertragreich eingestufte Riesling hin-

gegen blieb mit 99 hl/ha nur um 5,4 % unter dem Mittel aller Rebsorten.

Große jahrgangsbedingte Ertragsschwankungen

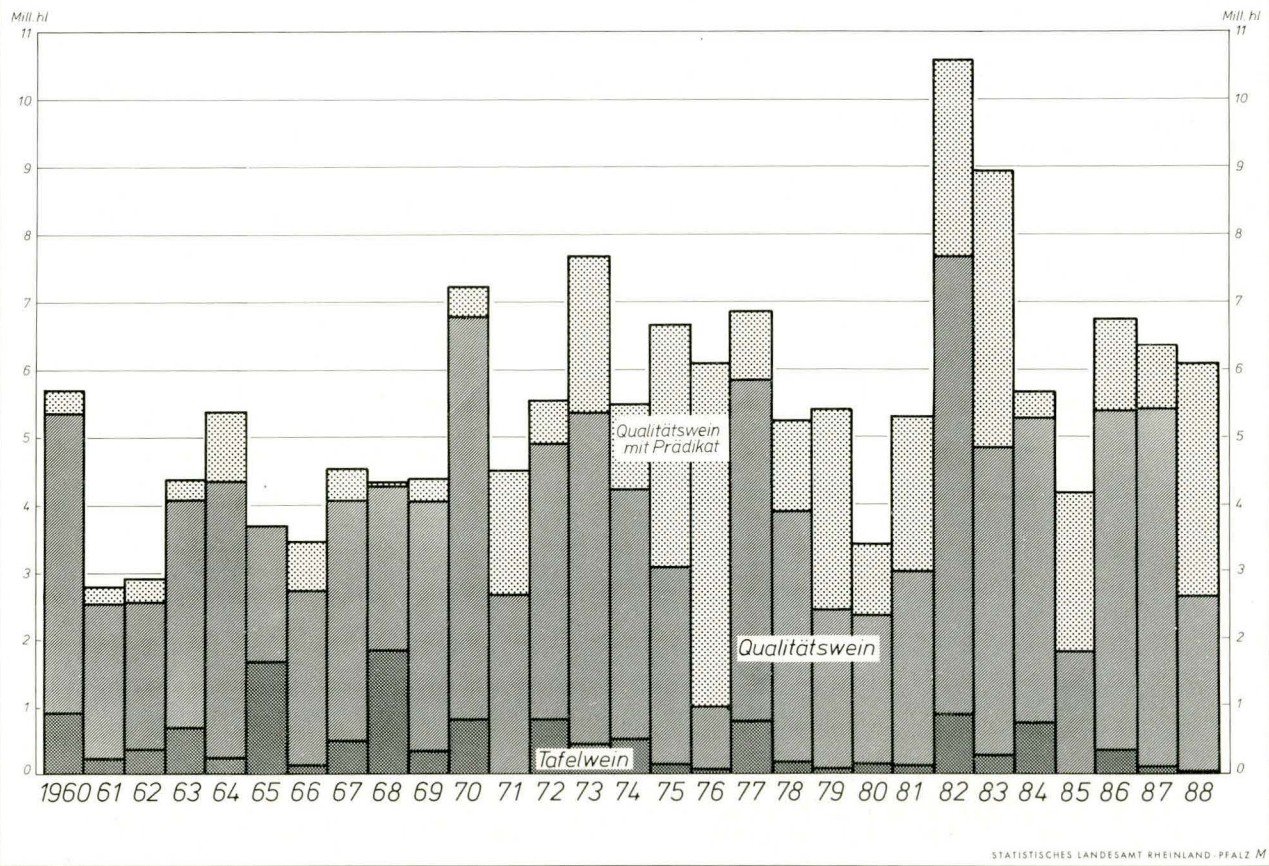
Die Rebe als Pflanze der gemäßigten Klimazone unserer Erde benötigt ein mildes Klima und reagiert empfindlich auf extreme Witterungsverhältnisse. So führen Tage mit weniger als 15 Grad Celsius während der Blütezeit, Maifröste sowie extreme Winterfröste von 20 Grad unter Null zu deutlichen Ertragsminderungen, lageweise wie zum Beispiel im Jahr 1985 sogar zu Totalausfällen. Im Betrachtungszeitraum von 1979 bis 1988 lag im ertragreichsten Jahr 1982 der Hektarertrag im Landesdurchschnitt mit 182 hl mehr als dreimal so hoch wie im schlechtesten Jahr 1980 mit 57 hl. Im nördlichsten Anbaugebiet Deutschlands, der Ahr, hier liegt gleichzeitig die klimatische Grenze eines wirtschaftlichen Weinbaues, waren erwartungsgemäß die Schwankungen am größten. Im Jahr 1982 wurde hier der Zehnjahresdurchschnitt um 85 % übertroffen, während er im Jahr 1980 um 61 % unterschritten wurde. Im Jahr 1982 war der Hektarertrag an der Ahr nahezu fünfmal so hoch wie 1980. Nur wenig geringere Schwankungen wurden in dem ebenfalls weit nördlich gelegenen Anbaugebiet Mosel-Saar-Ruwer und im Anbaugebiet Nahe ermittelt. Demgegenüber sind im südlichsten Anbaugebiet des Landes Rheinland-Pfalz, der Rheinpfalz, die Unter-

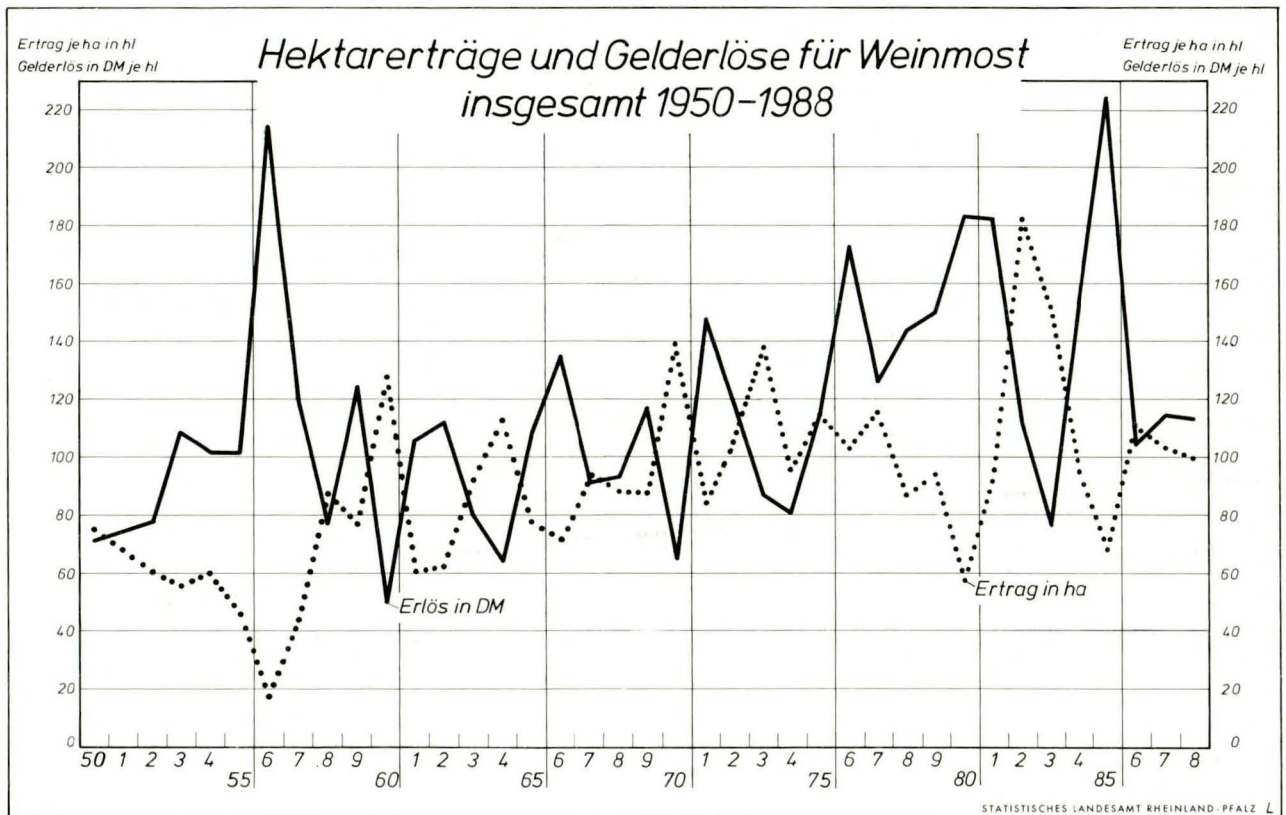
schiede von Jahr zu Jahr am geringsten. Hier lag 1982 der Ertrag jedoch immer noch um das 2,5-fache über dem im Jahr 1980. Eine gewisse Mittelstellung bezüglich der Schwankungen der Hektarerträge nehmen die Anbaugebiete Rheinhessen und Mittelrhein ein. Die relativ geringen jahrgangsbedingten Streuungen der Erträge im nahe an der Nordgrenze des Weinbaus gelegenen Anbaugebiet Mittelrhein dürften auf die große Verbreitung der frosthärteren und damit ertragssicheren Rebsorte Riesling zurückzuführen sein.

Spätburgunder mit größter Ertragssteigerung

In allen Anbaugebieten war in den letzten Jahrzehnten infolge des biologisch-technischen Fortschritts eine deutliche Steigerung der Hektarerträge festzustellen. Bezogen auf zehnjährige Durchschnittswerte war sie zwischen 1960/69 und 1979/88 mit nahezu 40 % für das Anbaugebiet Mittelrhein am auffälligsten. In den anderen Anbaugebieten lag die Rate deutlich niedriger. Mit Ausnahme von Rheinhessen (19%) betrug sie jedoch jeweils noch über 23%. Diese Entwicklung wurde im wesentlichen durch die nahezu vollkommene Umstellung auf Pfropfreben und die Leistungen der Rebenzüchtung erreicht. Das auf diese Weise gewonnene Leistungspotential konnte mit Hilfe gezielter Düngung und eines intensiven Pflanzenschutzes voll genutzt werden.

Weinmosternten nach Qualitätsstufen
1960-1988





Zwischen den einzelnen Rebsorten sind ebenfalls gravierende Unterschiede festzustellen. Die größte Steigerungsrate wurde mit gut 37 % für den Blauen Spätburgunder ermittelt. Die starke Degeneration im Laufe der Jahrhunderte – der Anbau des Spätburgunders ist für das 4. Jahrhundert in Burgund nachweisbar – ließ den Ertrag auf unwirtschaftliche Mengen absinken. Die neuerlichen Ertragssteigerungen, die den Erhalt der aus qualitativer Sicht hervorragenden Sorte sichern, sind im wesentlichen Erfolge der Klonenzüchtung. Auch beim Riesling (+ 25 %), der bereits seit fünf Jahrhunderten in Rheinland-Pfalz angebaut wird, ist aus diesem Grunde eine überdurchschnittliche Ertragszunahme zu verzeichnen.

Weinqualität nur bedingt von der Höhe der Erntemenge abhängig

Aus dem Schaubild 5 wird ersichtlich, daß der Zusammenhang zwischen Ertragshöhe und Weinqualität weniger eng ist als allgemein vermutet wird. So brachten z. B. die Rekordernten der Jahre 1982 und 1983 einen erheblichen Prädikatsweinanteil. Ebenso lag der Prädikatsweinanteil in den von der Gesamterntemenge her gesehen durchschnittlichen Jahrgängen 1975, 1976 und 1988 überdurchschnittlich hoch, während er in den von der Menge her weniger guten Jahren 1966, 1967, 1968, 1969 und 1980 sehr gering war.

Im Schaubild 4 ist dargestellt, wie hoch der prozentuale Anteil der Qualitätsstufen im Durchschnitt der fünf ertragsreichsten und fünf ertragsschwächsten Jahre im Zeitraum zwischen 1960 bis 1988 war. Zwischen den

fünf ertragsreichsten und fünf ertragsschwächsten Jahren besteht nur ein minimaler Unterschied. Daraus muß gefolgert werden, daß die Qualität eines Jahrgangs nur sekundär von der Erntemenge und primär von der jeweiligen Jahreswitterung beeinflusst wird. Dieses Ergebnis widerlegt jedoch nicht das Menge-Güte-Gesetz, welches besagt, daß bei ansonsten gleichen Bedingungen mit zurückgehendem Ertrag die Weinqualität steigt.

Weinmostpreis wird maßgeblich von den Hektarerträgen bestimmt

Im Betrachtungszeitraum von 1950 bis 1988 zeigen sich erhebliche Schwankungen der Weinmostpreise. Wie aus Schaubild 6 ersichtlich wird, besteht zwischen Weinmostpreis und Hektarertrag eine hohe Korrelation. Regelmäßig werden bei hohen Erträgen geringe und bei niedrigen Erträgen hohe Mostpreise erzielt. Mit gut 220 DM je hl wurde 1985 der höchste Preis im Beobachtungszeitraum ermittelt. Ein für die Winzer annähernd so gutes Ergebnis wurde zuvor nur im sehr ertragsschwachen Jahr 1956 erreicht. Der absolute Tiefpunkt des Weinmostpreises lag 1960 bei 50 DM je hl. Ein nahezu so schlechtes Ergebnis ergab sich in jüngster Vergangenheit im sehr ertragreichen Jahr 1983. Der Rückblick auf die Preisschwankungen in den letzten drei Jahrzehnten zeigt auch, daß sich die Hoffnung der Winzer und der verantwortlichen Politiker auf bessere und stabilere Mostpreise infolge der Hektarhöchstertragsregelung durchaus erfüllen könnte.

Dr. Jürgen Oberhofer

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1987	1988			1989				1990
		Monatsdurchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1000	3 631	3 642	3 652	3 653	3 654
Natürliche Bevölkerungs-bewegung										
* Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	1 992	2 075	1 224	2 089	694 ^D	1 613 ^D	1 294 ^D	2 277 ^D	775 ^D
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,6	6,8	4,1	6,7	2,2 ^D	5,2 ^D	4,3 ^D	7,3 ^D	2,5 ^D
* Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	3 148	3 321	3 100	3 214	2 799 ^D	3 373 ^D	3 226 ^D
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,5	10,9	10,3	10,4	9,0 ^D	10,8 ^D	10,7 ^D
* Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 501	3 490	3 546	3 859	3 552 ^D	3 525 ^D	3 613 ^D
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,6	11,5	11,8	12,4	11,4 ^D	11,3 ^D	12,0 ^D
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene ³⁾	Anzahl	29	27	23	30	22 ^D	26 ^D	28 ^D
* je 1000 Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	9,1	8,3	7,3	8,9	7,0 ^D	7,6 ^D	8,7 ^D
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 353	- 169	- 446	- 645	- 753 ^D	- 152 ^D	- 387 ^D
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 1,2	- 0,6	- 1,5	- 2,1	- 2,4 ^D	- 0,5 ^D	- 1,3 ^D
Wanderungen										
über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	6 478	7 810	8 196	7 713	7 426
* Fortgezogene	Anzahl	6 326	6 091	7 091	5 967	5 869
* Wanderungssaldo	Anzahl	152	1 719	1 105	1 746	1 557
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁵⁾	Anzahl	10 036	9 334	10 231	9 807	9 085
Arbeitsmarkt										
* Arbeitslose	Anzahl	116 602	111 804	103 014	110 541	118 807	92 122	97 943	105 100	111 878
* Männer	Anzahl	61 911	57 878	51 441	58 082	64 752	43 954	47 534	53 276	58 369
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	8 825	.	.	7 091	.	.	.	6 174	.
Industrielle und handwerkliche Berufe										
Berufe	Anzahl	40 720	.	.	38 448	.	.	.	35 390	.
Arbeitslosenquote	%	8,1	7,6	7,0	7,5	8,1	6,3	6,7	7,2	7,6
Offene Stellen	Anzahl	8 317	8 973	8 627	8 047	8 985	13 951	13 789	12 720	13 132
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	.	.	.	453	.	.	.	896	.
Industrielle und handwerkliche Berufe										
Berufe	Anzahl	.	.	.	2 748	.	.	.	5 460	.
Kurzarbeiter	Anzahl	11 005	8 986	5 454	5 979	10 458	2 272	2 447	2 570	5 424
Männer	Anzahl	8 803	6 990	3 306	4 327	8 822	1 200	1 273	1 691	4 205
Landwirtschaft										
Schlachtmengen ⁶⁾										
	t	14 684	14 117	14 981	15 064	14 006	15 359	14 954	15 189	14 860
* Rinder	t	4 695	4 252	4 823	4 756	4 114	4 541	4 748	4 516	4 326
* Kälber	t	32	25	25	35	17	22	19	30	16
* Schweine	t	9 832	9 696	9 970	10 083	9 747	10 643	10 023	10 447	10 392
Milch										
* Milcherzeugung	1000 t	73	71	64	69	69	68	63	67	67
* an Molkereien geliefert	%	94,2	94,4	93,8	93,4	94,2	94,0	93,8	93,6	94,2
Produzierendes Gewerbe										
Verarbeitendes Gewerbe ⁷⁾										
Betriebe	Anzahl	2 584	2 601	2 583	2 607	2 546	2 604	2 601	2 601	2 619
* Beschäftigte	1000	365	367	367	368	365	378	379	378	380
* Arbeiter ⁸⁾	1000	250	250	251	250	248	253	258	257	255
* Geleistete Arbeiterstunden	1000	34 730	34 561	36 260	32 620	35 281	36 928	36 075	31 825	35 477
Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 357	1 422	1 621	1 946	1 341	1 448	1 833	2 046	1 460
* Löhne	Mill. DM	783	812	926	1 031	770	849	1 063	1 065	837
* Gehälter	Mill. DM	574	610	695	915	571	599	770	981	623
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 007	1 049	1 091	1 055	1 108	1 160	1 154	1 068	1 126
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	6 913	7 416	7 919	7 919	7 357	8 564	8 381	8 107	8 074
* Auslandsumsatz	Mill. DM	2 495	2 832	3 129	3 129	2 932	3 270	3 179	3 026	3 099

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. – 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 6) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. – 7) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. – 8) Einschl. gewerblich Auszubildender.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1987	1988			1989				1990
		Monatsdurchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
* Produzierendes Gewerbe										
insgesamt	1980 = 100	103	107	116	108	103	115	123	113	...
ohne Bauhauptgewerbe	1980 = 100	105	109	118	113	107	117	126	117	...
Verarbeitendes Gewerbe	1980 = 100	104	109	117	111	104	116	124	115	105 ^P
* Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1980 = 100	110	117	121	112	113	120	124	110	111 ^P
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1980 = 100	76	84	89	72	61	97	96	71	63 ^P
Chemische Industrie	1980 = 100	123	130	135	127	128	130	136	125	126 ^P
* Investitionsgüterproduzierendes Gewerbe	1980 = 100	97	101	104	118	94	109	126	125	102 ^P
Maschinenbau; Büromaschinen, ADV-Geräte und -Einrichtungen	1980 = 100	99	103	101	146	79	104	137	143	93 ^P
Straßenfahrzeugbau, Rep. von Kraftfahrzeugen usw.	1980 = 100	96	96	99	87	98	108	112	106	102 ^P
* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1980 = 100	97	98	108	93	98	108	114	103	99 ^P
Herstellung von Schuhen	1980 = 100	74	68	66	51	73	66	67	54	72 ^P
* Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1980 = 100	111	117	150	125	112	136	143	131	102 ^P
Bauhauptgewerbe	1980 = 100	87	86	96	74	73	97	101	80	...
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	690	928	422	440	470	384	419	437	...
Strombezug ¹⁾	Mill. kWh	2 053	1 835	2 567	2 514	2 605	2 363	2 564	2 872	...
Stromlieferungen ¹⁾	Mill. kWh	822	844	901	878	869	933	873	1 039	...
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 873	1 857	2 061	2 049	2 178	1 783	2 079	2 241	...
Gasverbrauch	Mill. m ³	386	377	467	496	555	418	536	560	...
Handwerk ²⁾										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1976 = 100	95	92	.	92	.	.	.	89	.
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1976 = 100	148	151	.	174	.	.	.	178	.
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
* Beschäftigte	Anzahl	60 061	61 351	62 394	61 608	58 678	59 641	59 767	59 458	58 065
Facharbeiter	Anzahl	30 687	31 483	31 767	31 534	30 231	30 833	31 136	30 982	30 400
Fachwerker und Werker	Anzahl	15 097	15 190	15 993	15 503	13 755	15 111	14 837	14 729	14 077
* Geleistete Arbeitsstunden	1000	6 993	7 027	7 401	5 999	6 093	8 021	7 373	5 513	6 094
Privater Bau	1000	4 234	4 439	4 714	3 848	4 035	4 908	4 603	3 512	4 101
* Wohnungsbau	1000	2 433	2 572	2 735	2 182	2 320	2 751	2 642	1 999	2 292
Landwirtschaftlicher Bau	1000	41	44	61	43	58	67	48	26	26
* Gewerblicher und industrieller Bau	1000	1 760	1 823	1 918	1 623	1 657	2 090	1 913	1 487	1 783
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1000	2 759	2 589	2 687	2 151	2 058	3 113	2 770	2 001	1 993
Hochbau	1000	608	627	646	528	560	713	648	543	530
Tiefbau	1000	2 151	1 962	2 041	1 623	1 498	2 400	2 122	1 458	1 463
Straßenbau	1000	1 271	1 029	1 090	850	748	1 320	1 108	778	756
Löhne und Gehälter	Mill. DM	174	187	245	193	163	202	259	193	177
* Löhne	Mill. DM	143	154	201	156	133	168	211	154	144
* Gehälter	Mill. DM	31	33	44	37	30	34	48	39	33
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	532	581	695	792	457	710	687	819	468

1) Von bzw. an andere Bundesländer bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen). – 2) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1987	1988		1989				1990	
		Monatsdurchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	713	770	690	563	682	995	659	605	813
* mit 1 Wohnung	Anzahl	584	629	568	458	549	756	483	451	627
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	98	104	87	73	95	147	117	87	128
* mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	31	36	35	32	38	92	59	67	58
* Umbauter Raum	1000 m ³	669	726	650	507	662	1 030	681	680	839
* Wohnfläche	1000 m ²	109	119	107	85	110	181	116	117	138
Wohnräume	Anzahl	5 041	5 459	4 951	3 986	5 015	8 721	5 314	5 442	6 239
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	216	236	209	166	214	333	221	222	278
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	1	1	2	1	2	3	2	2	3
Unternehmen	Anzahl	115	136	168	131	135	314	147	135	141
Private Haushalte	Anzahl	597	632	520	431	545	678	510	468	669
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	160	164	175	130	141	176	182	147	168
* Umbauter Raum	1000 m ³	659	725	728	678	580	879	1 069	825	974
* Nutzfläche	1000 m ²	110	124	118	106	93	139	209	117	171
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	133	136	154	154	103	152	163	142	192
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	32	28	39	25	21	25	22	19	27
Unternehmen	Anzahl	125	132	135	102	116	144	160	123	136
Private Haushalte	Anzahl	3	4	1	3	4	7	–	5	5
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 108	1 218	1 152	969	1 168	2 046	1 231	1 418	1 497
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	2 484	2 729	2 791	2 949	2 804	3 221	3 075	2 871	...
* EG-Länder ¹⁾	Mill. DM	1 371	1 491	1 542	1 511	1 557	1 798	1 752	1 491	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	209	211	211	222	211	234	219	195	...
Dänemark	Mill. DM	50	45	42	49	44	52	44	41	...
Frankreich	Mill. DM	337	363	376	360	409	472	425	420	...
Griechenland	Mill. DM	23	25	25	27	25	32	27	32	...
Großbritannien	Mill. DM	235	272	303	286	279	321	322	280	...
Irland	Mill. DM	8	10	9	10	10	15	14	13	...
Italien	Mill. DM	236	255	274	256	281	303	306	226	...
Niederlande	Mill. DM	183	212	191	191	183	217	256	181	...
Spanien	Mill. DM	74	84	89	89	93	129	112	82	...
Portugal	Mill. DM	16	18	24	20	23	23	26	22	...
USA und Kanada	Mill. DM	164	177	169	164	200	212	182	181	...
Japan	Mill. DM	48	61	70	80	61	89	67	61	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	299	347	361	476	314	349	337	407	...
Staatshandelsländer	Mill. DM	118	125	120	139	134	131	152	160	...
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	1 464	1 577	1 591	1 684	1 714	2 007	1 935	1 773	...
EG-Länder ¹⁾	Mill. DM	882	904	902	969	966	1 122	1 051	1 006	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	164	160	152	177	168	226	208	196	...
Dänemark	Mill. DM	22	23	24	25	32	25	25	23	...
Frankreich	Mill. DM	200	218	219	252	241	256	260	258	...
Griechenland	Mill. DM	10	10	11	7	5	5	9	5	...
Großbritannien	Mill. DM	83	91	89	75	99	85	80	70	...
Irland	Mill. DM	3	6	5	6	8	7	6	7	...
Italien	Mill. DM	146	152	141	163	177	201	163	167	...
Niederlande	Mill. DM	205	179	194	200	163	224	214	216	...
Spanien	Mill. DM	40	55	58	51	57	79	70	51	...
Portugal	Mill. DM	9	10	9	13	15	15	15	14	...
USA und Kanada	Mill. DM	82	99	97	117	175	110	155	127	...
Japan	Mill. DM	83	106	122	76	96	113	119	107	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	172	207	178	219	235	292	272	222	...
Staatshandelsländer	Mill. DM	45	51	67	64	41	74	83	66	...

1) Nach dem Stand vom 1.1.1986.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1987	1988			1989				1990
		Monatsdurchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
Einzelhandel										
Beschäftigte	1986 = 100	101	102	103	103	102	103	103	104	102
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	103	107	116	141	98	115	124	143	105
Großhandel										
Beschäftigte	1986 = 100	99	98	99	98	98	101	102
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	100	104	115	113	96	122	118
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1986 = 100	101	103	103	96	96	105	100	96	93
Teilbeschäftigte	1986 = 100	104	109	109	100	102	112	109	102	91
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	100	102	94	100	85	127	101	103	83
Beherbergungsgewerbe	1986 = 100	101	105	94	91	78	150	105	94	81
Gaststättengewerbe	1986 = 100	98	100	95	106	89	111	98	109	84
Fremdenverkehr										
in allen Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1000	453	472	374	249	268	924	384	265	...
* Ausländer	1000	108	108	60	44	47	179	62	54	...
* Fremdenübernachtungen	1000	1 607	1 643	1 115	940	964	2 791	1 127	975	...
* Ausländer	1000	355	351	156	150	146	520	166	190	...
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
* Güterempfang	1000 t	1 520	1 503	1 417	1 562	1 400	1 536	1 510	1 292	...
* Güterversand	1000 t	950	968	972	957	929	927	960	715	...
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	15 420	14 709	12 648	12 845	12 131	14 925	12 594	12 520	13 467
Krafträder	Anzahl	499	516	67	70	136	118	77	109	153
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	14 048	13 286	11 743	12 013	11 052	13 978	11 679	11 630	12 420
* Lastkraftwagen	Anzahl	555	596	615	511	649	600	599	517	654
Zugmaschinen	Anzahl	218	200	125	154	175	132	138	155	149
Straßenverkehrsunfälle										
	Anzahl	10 608	10 811	11 160	11 305	9 415	11 938	10 697	11 084	9 110 ^p
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 617	1 682	1 434	1 526	1 289	1 844	1 443	1 513	1 236 ^p
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	8 991	9 129	9 726	9 779	8 126	10 094	9 254	9 571	7 874 ^p
Verunglückte Personen	Anzahl	2 177	2 283	1 921	2 091	1 741	2 515	1 948	2 093	1 687 ^p
* Getötete	Anzahl	42	42	32	47	38	51	38	45	37 ^p
Pkw-Insassen	Anzahl	22	25	21	31	20	32	18	27	26 ^p
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	7	6	1	-	2	5	3	2	-
Radfahrer	Anzahl	3	3	4	2	2	3	1	-	3 ^p
Fußgänger	Anzahl	8	7	6	12	14	10	14	15	8 ^p
Schwerverletzte	Anzahl	617	641	498	561	465	673	524	535	428 ^p
Pkw-Insassen	Anzahl	342	368	326	374	331	387	328
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	118	118	49	41	37	114	60
Radfahrer	Anzahl	55	56	36	36	27	71	42
Fußgänger	Anzahl	83	82	72	104	61	92	74
Geld und Kredit										
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse ¹⁾	Anzahl	80	72	66	77	39	65	46	52	70
Angemeldete Forderungen	1000 DM	45 767	30 817	37 492	36 344	19 656	32 100	22 820	18 727	17 219
* Vergleichsverfahren	Anzahl	0	0	-	-	1	-	-	-	-
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	587	505	557	457	474	433	330	359	396
* Wechselsumme	1000 DM	4 146	4 100	4 861	4 206	4 161	3 872	1 972	2 694	2 619

1) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1987	1988			1989				1990
		Monatsdurchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monats- ende)										
* Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	84 531	88 447	87 590	88 447	84 555	92 984	93 497	94 423	94 781
* Kredite an inländ. Nichtbanken	Mill. DM	82 443	86 207	85 430	86 207	82 498	90 565	91 053	92 039	92 354
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	14 189	14 555	14 380	14 555	14 177	15 621	15 687	16 130	16 062
* an Unternehmen und Privat- personen	Mill. DM	13 909	14 355	13 912	14 355	13 858	15 455	15 269	15 933	15 794
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	280	200	468	200	319	166	418	197	267
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	7 135	7 034	6 781	7 034	6 965	7 085	7 202	7 278	7 336
* an Unternehmen und Privat- personen	Mill. DM	6 235	5 962	5 949	5 962	6 053	6 014	6 014	6 070	6 111
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	900	1 072	832	1 072	912	1 071	1 188	1 207	1 225
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	61 119	64 618	64 269	64 618	61 355	67 859	68 164	68 630	68 957
* an Unternehmen und Privat- personen	Mill. DM	50 266	53 599	53 206	53 599	50 400	56 722	57 051	57 557	57 593
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	10 853	11 019	11 064	11 019	10 956	11 137	11 113	11 073	11 364
* Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	79 944	84 034	83 309	84 034	79 565	84 618	85 901	87 693	87 100
* Sichteinlagen	Mill. DM	11 013	12 306	12 884	12 306	10 560	11 886	12 914	12 941	11 833
* Termineinlagen	Mill. DM	28 315	29 897	29 845	29 897	28 244	33 468	33 949	34 394	35 646
* Spareinlagen	Mill. DM	40 617	41 830	40 580	41 830	40 761	39 264	39 038	40 358	39 621
* Gutschriften auf Sparkonten ²⁾	Mill. DM	1 847	1 907	1 746	3 479	2 553	1 876	1 721	3 413	3 264
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	1 657	1 807	1 732	2 229	2 432	2 040	1 947	2 094	4 001
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftsteuern	1000 DM	1 455 533	1 558 229	1 532 874	2 557 959	1 375 566	1 153 427	1 683 347	2 717 388	1 369 825
* Steuern vom Einkommen	1000 DM	1 013 291	1 089 944	1 036 780	2 078 418	855 448	623 808	1 191 262	2 249 353	929 844
* Lohnsteuer	1000 DM	710 348	746 794	986 985	925 340	880 558	638 171	1 147 699	976 777	964 982
Einnahmen aus der Lohn- steuererlegung	1000 DM	128 269	134 523	410 030	—	—	—	512 302	—	—
* Veranlagte Einkommensteuer	1000 DM	123 070	129 926	— 6 832	505 225	— 53 480	— 28 390	— 16 245	552 467	— 55 786
* Kapitalertragsteuer	1000 DM	29 130	32 090	8 961	13 233	28 061	12 057	10 303	19 969	37 401
* Körperschaftsteuer	1000 DM	150 743	181 133	47 666	634 620	309	1 970	49 505	700 140	— 16 753
Einnahmen aus der Körper- schaftsteuererlegung	1000 DM	33 271	18 086	49 079	—	—	—	52 764	—	—
* Steuern vom Umsatz	1000 DM	442 243	468 286	496 094	479 541	520 118	529 619	492 085	468 035	439 981
* Umsatzsteuer	1000 DM	296 547	309 055	327 465	285 228	368 892	350 177	296 865	322 329	306 495
* Einfuhrumsatzsteuer	1000 DM	145 696	159 230	168 629	194 313	151 226	179 442	195 220	145 706	133 486
* Zölle	1000 DM	10 971	14 478	15 016	18 639	15 452	13 666	14 945	9 045	8 795
* Bundessteuern	1000 DM	121 027	121 581	107 857	228 232	40 198	117 877	114 614	247 469	31 650
Kapitalverkehrssteuern	1000 DM	1 874	2 148	981	1 868	1 955	3 790	3 502	1 994	1 554
* Verbrauchsteuern (ohne Bier- steuer)	1000 DM	117 493	117 713	104 791	224 571	36 610	110 915	107 870	243 206	28 020
* Landessteuern	1000 DM	86 069	90 906	106 608	73 201	92 959	79 171	123 991	72 918	87 021
* Vermögensteuer	1000 DM	17 520	19 127	49 423	2 851	19 144	4 676	55 279	5 837	1 447
* Kraftfahrzeugsteuer	1000 DM	43 680	43 393	32 830	32 526	46 126	49 500	40 663	37 426	54 403
* Biersteuer	1000 DM	6 164	6 274	5 816	6 026	6 691	6 310	6 325	6 098	6 571

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank sowie Postgiro- und Postsparkassenämter); ohne durchlaufende Kredite. — 2) Einschl. Zinsgutschriften.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1987	1988			1989				1990
		Monatsdurchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
* Gemeindesteuern ¹⁾	1000 DM	504 330	589 142	.	621 357	.	.	.	759 286	.
* Grundsteuer A	1000 DM	8 139	8 397	.	7 426	.	.	.	7 541	.
* Grundsteuer B	1000 DM	93 871	101 503	.	93 566	.	.	.	87 653	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	1000 DM	353 821	426 612	.	473 226	.	.	.	607 453	.
Grunderwerbsteuer	1000 DM	35 193	37 787	.	34 814	.	.	.	43 259	.
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften ²⁾										
* Steuereinnahmen des Bundes	1000 DM	861 611	915 358	875 627	1503 418	745 521	760 447	945 501	1593 824	717 349
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	1000 DM	444 139	479 218	444 880	931 918	365 693	266 171	510 771	1009 983	396 732
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1000 DM	287 463	304 391	322 466	311 707	338 082	344 257	319 860	304 230	285 994
* Steuereinnahmen des Landes	1000 DM	746 669	795 417	808 234	1 161 085	707 636	596 892	874 405	1362 473	717 458
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	1000 DM	441 524	475 410	443 311	930 215	364 295	263 080	509 059	1008 599	395 114
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1000 DM	210 094	218 933	257 891	126 108	248 834	222 499	241 099	248 814	232 350
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾	1000 DM	826 186	920 341	.	999 168	.	.	.	1161 697	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ³⁾	1000 DM	300 720	363 370	.	403 018	.	.	.	519 352	.
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1000 DM	374 957	394 439	.	448 019	.	.	.	490 512	.
Preise										
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet	1985 = 100	100,1	101,4	101,9	102,1	103,0	104,7	104,9	105,2	105,8
* Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1985 = 100	100,1	100,3	100,4	100,7	101,3	102,8	103,1	103,6	104,4
* Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet, Bauleistungen am Bauwerk ⁴⁾	1980 = 100	118,6	121,2	122,3	.	.	.	127,1	.	.
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttostundenverdienste	DM	17,48	18,24	.	.	18,41	19,20
* Männliche Arbeiter	DM	18,34	19,14	.	.	19,34	20,10
* Facharbeiter	DM	19,27	20,13	.	.	20,33	21,09
* Angelernte Arbeiter	DM	17,58	18,30	.	.	18,54	19,35
* Hilfsarbeiter	DM	15,55	16,37	.	.	16,78	17,39
* Weibliche Arbeiter	DM	12,95	13,40	.	.	13,61	14,16
* Hilfsarbeiter	DM	12,72	13,30	.	.	13,53	14,05
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	40,6	40,7	.	.	40,0	40,3
* Männliche Arbeiter	Std.	40,9	41,1	.	.	40,2	40,7
* Weibliche Arbeiter	Std.	39,0	39,0	.	.	38,8	38,5
Angestellte										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttomonatsverdienste	DM	4 368	4 562	.	.	4 658	4 769
* Kaufmännische Angestellte	DM	3 907	4 091	.	.	4 189	4 285
* männlich	DM	4 651	4 873	.	.	5 019	5 132
* weiblich	DM	3 053	3 190	.	.	3 245	3 333
* Technische Angestellte	DM	4 772	4 964	.	.	5 051	5 169
* männlich	DM	4 883	5 080	.	.	5 167	5 290
* weiblich	DM	3 399	3 577	.	.	3 657	3 772
im Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen	DM	3 008	3 090	.	.	3 190	3 254
* Kaufmännische Angestellte	DM	2 997	3 076	.	.	3 180	3 228
* männlich	DM	3 596	3 691	.	.	3 776	3 836
* weiblich	DM	2 487	2 557	.	.	2 654	2 700

1) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. – 2) Ohne die der EG zustehenden Einnahmen aus Zöllen. – 3) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. – 4) Ohne Baunebenleistungen.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1987	1988				1989			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1000	61 185	61 449	61 640	61 674	61 715
Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	31 880	33 140 ^p	30 289 ^p	22 505 ^p	35 148	48 229 ^p	31 875 ^p	23 059 ^p	...
Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	53 501	55 930 ^p	55 025 ^p	53 197 ^p	55 071	56 806 ^p	56 630 ^p	55 038 ^p	...
Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	57 285	56 885 ^p	57 269 ^p	58 300 ^p	62 325	52 444 ^p	59 346 ^p	57 677 ^p	...
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	- 3 784	- 955 ^p	- 2 244 ^p	- 5 103 ^p	- 7 254	4 362 ^p	- 2 716 ^p	- 2 639 ^p	...
Arbeitslose	1000	2 229	2 242	2 074	2 091	2 190	1 881	1 874	1 950	2 052
Männer	1000	1 207	1 199	1 058	1 083	1 180	951	939	986	1 069
Arbeitslosenquote	%	8,9	8,7	8,0	8,1	8,5	7,3	7,3	7,6	8,0
Offene Stellen	1000	171	189	196	185	179	289	300	293	277
Kurzarbeiter	1000	278	208	98	94	108	46	50	43	50
Männer	1000	231	173	70	68	86	35	37	29	38
Produzierendes Gewerbe ⁴⁾										
Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
Produzierendes Gewerbe insgesamt	1985 = 100	103	106	118	115	107	117	124	120	112
ohne Baugewerbe	1985 = 100	102	106	117	114	106	116	123	119	111
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	1985 = 100	102	106	117	114	106	117	124	119	112
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1985 = 100	99	106	115	109	106	110	116	110	109
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	105	108	120	118	108	124	129	127	116
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	103	106	119	113	106	120	126	118	111
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1985 = 100	100	102	117	117	102	108	125	120	105
Baugewerbe	1985 = 100	106	108	137	117	111	131	144	128	118
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe										
Beschäftigte	1000	7 054	7 038	7 083	7 081	7 043	7 214	7 210	7 215	7 190
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	645	644	670	672	613	660	696	679	595
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	123 074	130 139	137 095	138 913	141 087	148 881	152 401	151 516	148 484
Auslandsumsatz	Mill. DM	36 518	39 562	41 820	42 170	44 527	45 872	46 777	46 621	45 601
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	29 549	30 610	31 777	34 238	34 607	29 693
Gaserzeugung	Mill. m ³	2 790	2 747	2 533	2 961	3 185	2 515	2 702	2 989	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1000	985	996	1 022	1 015	997	1 026	1 018	1 018	1 007
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	103	108	126	114	88	122	130	118	83
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	8 841	9 644	11 440	11 732	13 265	11 516	12 380	12 516	13 603
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	9 121	10 078	10 667	8 760	8 067	11 211	12 381	9 594	11 031
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	8 568	9 401	9 876	7 944	7 320	10 045	10 956	8 400	9 459
Wohnfläche	1000 m ²	1 450	1 640	1 795	1 479	1 399	1 999	2 322	1 867	2 174
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	2 536	2 668	2 889	2 608	2 461	3 018	3 080	2 614	2 784
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	15 897	17 851	19 631	16 934	16 459	22 786	27 462	22 297	26 932
Handel										
Einzelhandel										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	104,0	108,2	110,5	118,9	141,2	109,5 ^p	117,1 ^p	125,6 ^p	...
Gastgewerbe										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1980 = 100	102,3	105,9	116,7	98,5	102,9	123,3 ^p	120,0 ^p	103,0 ^p	...

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1987	1988				1989			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	43 918	47 313	53 181	51 179	55 100	52 949	57 594	55 053	...
EG-Länder insgesamt ¹⁾	Mill. DM	23 123	25 686	29 362	27 743	27 638	29 208	31 978	30 614	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	3 240	3 506	3 880	3 758	3 589	3 925	3 976	3 758	...
Frankreich	Mill. DM	5 301	5 939	6 878	6 322	6 413	6 970	7 971	7 214	...
Großbritannien	Mill. DM	3 845	4 406	5 032	4 867	4 826	4 666	5 103	4 922	...
Italien	Mill. DM	3 838	4 304	4 996	4 741	4 761	4 956	5 500	5 468	...
Niederlande	Mill. DM	3 841	4 099	4 655	4 260	4 223	4 683	5 015	4 809	...
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	34 123	36 647	42 616	38 116	41 620	40 511	48 115	44 445	...
EG-Länder insgesamt ¹⁾	Mill. DM	17 955	18 954	22 182	19 583	21 888	20 380	24 166	23 027	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	2 427	2 599	3 008	2 676	2 796	2 899	3 169	3 121	...
Frankreich	Mill. DM	3 958	4 420	5 513	4 710	5 577	4 578	5 901	5 306	...
Großbritannien	Mill. DM	2 434	2 538	2 893	2 566	2 849	2 948	3 301	3 166	...
Italien	Mill. DM	3 267	3 352	3 869	3 364	3 653	3 277	4 414	4 007	...
Niederlande	Mill. DM	3 746	3 791	4 335	3 830	4 289	4 313	4 456	4 519	...
Geld und Kredit ²⁾										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken	Mrd. DM	2 145	2 277	2 235	2 255	2 276	2 355	2 363	2 382	2 411 ^p
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	1 643	1 733	1 698	1 707	1 733	1 813	1 822	1 832	1 863 ^p
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	502	543	537	548	543	541	541	550	548 ^p
Einlagen von Nichtbanken	Mrd. DM	1 583	1 679	1 621	1 647	1 679	1 680	1 688	1 714	1 766 ^p
Spareinlagen	Mrd. DM	707	728	710	710	728	691	688	685	706 ^p
Steuern										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	29 448	30 640	24 570	24 768	55 071	42 678	26 543	26 307	60 262
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	19 171	19 952	13 326	13 488	42 939	33 040	14 556	14 021	46 856
Lohnsteuer	Mill. DM	13 681	13 959	13 303	13 257	23 002	14 416	14 434	14 305	25 039
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	2 558	2 766	- 194	- 419	10 864	10 100	- 266	- 507	11 978
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	9 900	10 274	10 307	10 993	10 922	9 636	10 996	11 921	12 069
Umsatzsteuer	Mill. DM	5 615	5 638	5 382	5 912	5 774	4 825	5 506	6 072	6 359
Zölle	Mill. DM	459	527	585	527	596	581	610	590	623
Bundessteuern	Mill. DM	4 313	4 394	4 435	4 509	8 432	4 915	5 293	5 074	10 162
Versicherungsteuer	Mill. DM	227	242	153	215	139	204	212	305	195
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	3 964	4 047	4 177	4 177	8 233	4 562	4 934	4 607	9 831
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ³⁾	1980 = 100	103,9	104,9	105,8	106,1	106,9	110,5	109,9	109,7	110,1
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ³⁾	1980 = 100	93,9	94,0	96,2	97,7	99,1	107,8	105,1	103,7 ^p	103,6 ^p
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ³⁾	1985 = 100	95,1	96,3	96,8	97,0	97,2	99,6	100,1	100,0	100,0
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1980 = 100	119,2	121,7	.	122,9	.	.	.	127,5	.
Bauleistungen am Bauwerk ⁴⁾	1980 = 100	118,6	121,2	.	122,3	.	.	.	127,1	.
Preisindex für den Straßenbau	1980 = 100	105,8	107,0	.	107,3	.	.	.	110,4	.
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1985 = 100	100,1	101,4	101,6	101,9	102,1	104,4	104,7	104,9	105,2
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1985 = 100	100,1	100,3	99,7	100,4	100,7	102,4	102,8	103,1	103,6
Bekleidung, Schuhe	1985 = 100	103,2	104,5	104,9	105,0	105,0	106,2	106,5	106,5	106,5
Wohnungsmieten	1985 = 100	103,4	105,6	106,7	107,0	107,1	109,4	109,6	109,9	110,1
Energie (ohne Kraftstoffe)	1985 = 100	80,3	78,1	77,0	77,2	78,0	82,7	83,6	83,9	85,8
Übriges für die Haushaltsführung	1985 = 100	102,2	103,3	103,6	103,7	103,7	105,4	105,6	105,7	105,8
Güter für Gesundheits- und Körperpflege	1985 = 100	103,2	104,7	105,6	105,8	106,0	108,8	109,0	109,1	109,2
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1985 = 100	97,4	98,9	99,3	99,4	99,6	103,1	103,5	103,2	103,4
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	1985 = 100	101,6	102,7	102,4	102,8	103,1	103,5	103,8	104,3	104,6
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1985 = 100	106,0	110,0	110,6	110,8	111,0	113,4	113,4	113,6	113,7

1) Nach dem Stand vom 1.1.1986. – 2) Kredite und Einlagen der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. – 3) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). – 4) Ohne Baunebenleistungen.

Erstmals mehr als 20 Mill. Übernachtungen

11 % mehr Ausländer

Im Jahre 1989 berichteten die rheinland-pfälzischen Fremdenverkehrsbetriebe von über 6 Mill. Gästen. Mit erstmals mehr als 20 Mill. Übernachtungen erreichte der rheinland-pfälzische Fremdenverkehr eine neue Höchstmarke. Dies entspricht einem Zuwachs von 4,6 % gegenüber dem Vorjahr. Bei den 1,4 Mill. ausländischen Gästen (+ 11 %) stieg die Zahl der Übernachtungen um 8,9 % auf 4,5 Millionen.

Sowohl die Fremdenverkehrsorte (8,7 Mill. Beherbergungen/+ 6,4 %) als auch die Erholungsorte (3,7 Mill./+ 8,1 %) erfreuten sich zunehmender Beliebtheit. Die Heilbäder (4,8 Mill./– 3,2 %) konnten hingegen das Vorjahresergebnis nicht erreichen. Eine deutliche Belebung ist auch aus den rheinland-pfälzischen Gemeinden ohne Fremdenverkehrsprädikat zu berichten. Bei einem Zuwachs von 14 % waren 1 Million Übernachtungen zu verzeichnen. el

Ferienzentren mehr gefragt, Kurbetriebe weniger

Mit 6,6 Mill. Übernachtungen (+ 9,2 %) nahmen im Jahre 1989 die Hotels in Rheinland-Pfalz eine Spitzenstellung ein, gefolgt von Privatzimmervermietern und gewerblichen Kleinbetrieben mit weniger als neun Betten (3,4 Mill./+ 5,7 %). 2,5 Mill. Übernachtungen entfielen auf die Heilstätten, Sanatorien und Kuranstalten. Dies entspricht einem Rückgang von fast 4 % gegenüber dem Vorjahr. In Ferienzentren haben die Beherbergungen (1,7 Mill./+ 8,7 %) kräftig zugenommen, während die entsprechende Zahl in Ferienhäusern und -wohnungen um 1,7 % auf 0,8 Mill. abgenommen hat. el

Mehr als 2,2 Mill. Kraftfahrzeuge in Rheinland-Pfalz – höchste Kraftfahrzeugdichte im Landkreis Alzey-Worms

Am 1. Januar 1990 waren in Rheinland-Pfalz mehr als 2,2 Mill. Kraftfahrzeuge zum Straßenverkehr zugelassen. Das sind knapp 60 000 Fahrzeuge oder 2,8 % mehr als am Jahresanfang 1989.

Die größten prozentualen Bestandsausweitungen zeigten sich bei Kraftomnibussen (+ 471 Fahrzeuge bzw. + 9,4 %). Ebenfalls deutlich stieg die Zahl der Personenwagen (+ 56 000 Fahrzeuge bzw. + 3,1 %), darunter besonders stark die der Kombis (+ 15 000 Fahrzeuge bzw. + 8,7 %). Dagegen ging die Zahl der Zugmaschinen leicht zurück (– 0,5 %).

Im Land kommen durchschnittlich 603 Fahrzeuge auf 1 000 Einwohner, wobei dieser Wert regional sehr unterschiedlich ausfällt. Die höchste Kraftfahrzeugdichte wiesen die Landkreise Alzey-Worms (684) und Südliche Weinstraße (681) auf, während sich für die Städte Trier (493), Kaiserslautern (527) und Ludwigshafen (528) die landesweit niedrigsten Werte errechnen. gr

Entwicklung der Hektarerträge im Weinbau

Die Rheinpfalz ist im zehnjährigen Durchschnitt mit 117 hl/ha das ertragsreichste Anbaugebiet in Rheinland-Pfalz. Über dem Landesdurchschnitt (105 hl/ha) lag mit 112 hl/ha auch noch das Anbaugebiet Mosel-Saar-Ruwer. Wesentlich geringere Hektarerträge werden in Rheinhessen (95 hl), an der Nahe (86 hl), am Mittelrhein (81 hl) und an der Ahr (77 hl) erzielt.

Auch zwischen den Rebsorten können erhebliche Unterschiede festgestellt werden. Der Elbling ist mit 134 hl/ha dicht gefolgt vom Morio Muskat mit 131 hl/ha die ergiebigste Rebsorte. Dahinter rangierten Portugieser (118 hl), Kerner (110 hl), Müller-Thurgau (108 hl), Scheurebe (107 hl), Bacchus (105 hl), Silvaner (103 hl) und Riesling (99 hl). Am Schluß liegt mit 82 hl/ha der Spätburgunder.

Zwischen den einzelnen Jahrgängen zeichnen sich beachtliche Schwankungen der Erträge ab. Von 1979 bis 1988 lag im Rekordjahr 1982 der Hektarertrag im Landesdurchschnitt mit 182 hl mehr als dreimal so hoch wie im schwächsten Jahr 1980 mit 57 hl. ob

Mehr über dieses Thema auf Seite 71

Anbau von Winterraps weiter angestiegen

Zur Zeit wächst auf rheinland-pfälzischen Äckern nicht weniger Wintergetreide als ein Jahr zuvor. Wie aus den Betriebs- und Marktwirtschaftlichen Meldungen freiwillig berichtender Landwirte hervorgeht, wurde der Umfang der Aussaatfläche von Winterweizen weitgehend beibehalten, während der Anbau von Winterroggen und -gerste anscheinend leicht zugenommen hat. Eine weitere deutliche Ausweitung hat der Anbau von Winterraps erfahren.

Nach den im Dezember 1989 ermittelten Absichten für die bevorstehende Frühjahrsbestellung wird die Aussaat von Sommergerste voraussichtlich geringfügig eingeschränkt. Hafer hat in den Anbauplänen der Landwirte offensichtlich erneut an Bedeutung verloren. Beim Kartoffelanbau zeichnen sich dagegen keine weiteren Einschränkungen ab. hü

Mehr als 20 000 Sportgruppen an allgemeinbildenden Schulen

Von den 383 600 Schülern an den allgemeinbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz erhalten 64 % regelmäßig drei Stunden Sportunterricht in der Woche, ein Drittel erhält zwei Wochenstunden Sportunterricht und knapp 2 % vier und mehr Sportstunden. Sehr gering ist mit jeweils 0,3 % der Anteil der Schüler mit nur einer Wochenstunde in Sport bzw. der Schüler, die nicht am Sportunterricht teilnehmen.

Für den Sportunterricht sind rund 18 100 Sportgruppen an den allgemeinbildenden Schulen gebildet worden, außerdem bestehen 2 000 Gruppen, die über das Pflichtstundenmaß hinaus als Arbeitsgemeinschaft o. ä. Sport treiben. ke

Seit 1981 niedrigster Stand der Insolvenzen

Mit insgesamt 677 Insolvenzen im Jahre 1989 wurde in Rheinland-Pfalz der niedrigste Stand der vergangenen acht Jahre erreicht. Die Zahl entspricht einem Rückgang von 21 % gegenüber dem Vorjahr. Rheinland-Pfalz nimmt damit eine besonders gute Position unter den Ländern ein. Im gleichen Zeitraum wurden im Bundesgebiet 8,1 % weniger Insolvenzen gemeldet.

Bei den Unternehmenskonkursen ist gegenüber 1988 eine stark rückläufige Tendenz (– 19 %) zu verzeichnen. Mit über der Hälfte (51 %) sind die Gesellschaften mit beschränkter Haftung vertreten. Wegen Zahlungsschwierigkeiten mußten 115 Einzelunternehmen (24 %) Konkurs anmelden. Der Anteil der nicht im Handelsregister eingetragenen zahlungsunfähigen Unternehmen an allen Konkursen beträgt 18,3 %.

Unter den Wirtschaftsbereichen stellen der Dienstleistungsbereich mit 129, der Handel mit 126 und das Baugewerbe mit 117 Verfahren den Hauptteil der insolventen Unternehmen. Ebenso wie 1988 erweisen sich mit einem Anteil von 77,4 % die jungen Unternehmen als besonders konkursanfällig. Die voraussichtliche Forderungshöhe aller Konkurse liegt bei 272 Mill. DM und unterschreitet den Vergleichswert des Jahres 1988 (370 Mill. DM) um 26,5 %. hi

Entwicklung der Verbandsgemeindeumlagen seit 1980

Die Verbandsgemeinden in Rheinland-Pfalz hatten im Jahre 1989 einen Umlagebedarf von 596 Mill. DM. Dies entspricht einer Erhöhung um 45,6 % gegenüber dem Jahre 1980, als das Umlagesoll 409 Mill. DM betrug. Während von 1980 auf 1981 mit 9,6 % die höchste Steigerungsrate zu verzeichnen war, lag diese in den Jahren bis 1985 jeweils bei zirka 3 %. Im Jahre 1986 war eine

Anhebung um 5 % notwendig, wohingegen 1987 mit 1,4 % der niedrigste Anstieg im Betrachtungszeitraum festzustellen war. Der Bedarf erhöhte sich für 1988 um 4,7 % auf 563 Mill. DM und 1989 um 5,7 %.

Die Umlagegrundlagen beliefen sich 1989 auf 1 680 Mill. DM. Ein Vergleich mit dem Wert für das Jahr 1980 (1 138 Mill. DM) zeigt, daß die Steigerungsrate mit 47,7 % nahezu der des Umlagesolls entspricht. Während sich der Anteil der Steuerkraftmeßzahlen an den Umlagegrundlagen insgesamt von 1980 bis 1989 von 81 % auf rund 87 % erhöhte, ging der Anteil der Schlüsselzuweisungen von 19 auf 13 % zurück.

Die höchsten Umlagegrundlagen je Einwohner wiesen im Jahre 1989 die Verbandsgemeinden Weißenthurm (1 588,25 DM), Wolfstein (1 317,32 DM) und Ransbach-Baumbach (1 267,13 DM) auf. Am weitesten unter dem Landesdurchschnitt (801,26 DM) lagen die Verbandsgemeinden Kirn-Land (643,03 DM), Rhein-Nahe (655,24 DM) und Alzey-Land (661,61 DM).

Beim Umlagesoll betrug im Jahre 1989 der Landesdurchschnitt 284,02 DM je Einwohner. Hier lagen ebenfalls die Verbandsgemeinden Wolfstein (526,93 DM) und Ransbach-Baumbach (456,17 DM) mit an der Spitze. Am wenigsten belasteten die Verbandsgemeinden Kirchen (133,63 DM), Rüdesheim (136,88 DM) und Rengsdorf (154,53 DM) die angehörigen Ortsgemeinden.

Recht unterschiedlich verlief die Entwicklung der landesdurchschnittlichen Umlageanspannung. Sie stieg von 35,95 % im Jahre 1980 kontinuierlich bis auf den Höchststand von 37,84 % im Jahre 1983. Sie nahm dann wieder ab und erreichte im Jahre 1987 mit 34,55 % den niedrigsten Wert im Betrachtungszeitraum. Im Jahre 1989 lag sie mit 35,45 % etwas niedriger als 1988 (36 %).

Die höchsten Umlagesätze wurden für 1989 von den Verbandsgemeinden Hamm (48 %), Flammersfeld (47,5 %), Nierstein-Oppenheim und Waldmohr (je 47 %) gemeldet. Die niedrigsten Umlagesätze wiesen die Verbandsgemeinden Kirchen (18,5 %), Rüdesheim (20 %) und Rengsdorf (20,25 %) auf. Es sind somit die Verbandsgemeinden, für die auch die niedrigste Pro-Kopf-Belastung errechnet wurde.

Im Jahre 1989 wurden an Sonderumlagen 23 Mill. DM erhoben. Wird dieses Umlagesoll (aus Gründen der Vergleichbarkeit) in die allgemeine Verbandsgemeindeumlage eingerechnet, so ergibt sich eine fiktive durchschnittliche Umlageanspannung von 36,79 %. Während bei den Verbandsgemeinden mit den höchsten Umlagesätzen keine Änderung eintritt, liegen bei denjenigen mit den niedrigsten Hebesätzen dann die Verbandsgemeinden Weißenthurm (21,7 %), Zell (24,5 %) und Rüdesheim (24,63 %) am günstigsten. pf

Zeichenerklärungen

-	= nichts vorhanden	D	= Durchschnitt
0	= Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit	p	= vorläufige Angabe
·	= kein Nachweis vorhanden / Angabe nicht möglich	r	= berichtigte Angabe
...	= Angabe fällt später an	s	= geschätzte Angabe
()	= Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist		

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 – 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.